


187. Sitzung, Montag, 29. August 2022, 08:15 Uhr

 Vorsitz: *Esther Guyer (Grüne, Zürich)*
Verhandlungsgegenstände

- | | |
|--|-----------|
| 1. Mitteilungen | 3 |
| Information an neue Ratsmitglieder | |
| Zuweisung von neuen Vorlagen | |
| Lange Nacht der Zürcher Museen am 3. September 2022 | |
| 2. Wahl Mitglied Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen..... | 5 |
| für Barbara Günthard Fitze | |
| Antrag der Interfraktionellen Konferenz | |
| KR-Nr. 154/2022 | |
| 3. Wahl Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit..... | 5 |
| für Hans Finsler | |
| Antrag der Interfraktionellen Konferenz | |
| KR-Nr. 266/2022 | |
| 4. Wahl Mitglied Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit..... | 6 |
| für Hans Finsler | |
| Antrag der Interfraktionellen Konferenz | |
| KR-Nr. 267/2022 | |
| 5. Standort des Universitätsspitals Zürich | 6 |
| Einzelinitiative Roland Zimmermann vom 4. April 2022 | |
| KR-Nr. 142/2022 | |
| 6. Teilnahme an Studie zur politischen Neutralität der Sekundarstufe II | 16 |

Postulat Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen), Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), Paul von Euw (SVP, Bauma) vom 11. Juli 2022
KR-Nr. 240/2022, Antrag auf Dringlichkeit

7. Tiefenlager für radioaktive Abfälle: Unabhängige wissenschaftliche Begleitung zur Gewährleistung der Sicherheit und zur Unterstützung der Bevölkerung 19

Dringliches Postulat Wilma Willi (Grüne, Stadel), Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) vom 27. Juni 2022

KR-Nr. 210/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung

8. Bewilligung eines Objektkredites für die Autobahnüberdeckung Katzensee Nationalstrasse A1 39

Antrag des Regierungsrates vom 2. Juni 2022 und gleichlautender Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 21. Juni 2022

Vorlage 4691 (*schriftliches Verfahren*)

9. Zeitgemässer Modal Split 40

Antrag des Regierungsrates vom 24. November 2021 zum Postulat KR-Nr. 356/2018 und gleichlautender Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 26. April 2022

Vorlage 5771

10. Multimodales Pendeln fördern 43

Antrag des Regierungsrates vom 26. Januar 2019 zum Postulat KR-Nr. 306/2019 und gleichlautender Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 31. Mai 2022

Vorlage 5792

11. Thesaurierender Fonds für Uferwege 48

Motion Tobias Mani (EVP, Wädenswil), Felix Hoesch (SP, Zürich), Edith Häusler (Grüne, Kilchberg), Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich), Judith Anna Stofer (AL, Zürich) vom 8. März 2021

KR-Nr. 61/2021, RRB-Nr. 573/26. Mai 2021 (Stellungnahme)

12. Verschiedenes 57

Erklärung des Regierungsrates zur Energiepolitik

1. Mitteilungen

Information an neue Ratsmitglieder

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich bitte Sie zuerst einmal um Ruhe, ich mache eine kurze Erklärung in eigener Sache. Wir haben ja sehr viele neue Mitglieder im Kantonsrat und diese wissen nicht, was die Leute hier vorn eigentlich so machen, weder was der Vorbock macht, noch was wir machen. Ich habe darum entschieden, dass ich Ihnen das kurz ans Herz legen möchte – oder auch ans Hirn, macht ja nichts: Zu meiner Rechten zuerst die Vizepräsidentin, eben angekommen, Sylvie Matter. Sie ist für die Liste der Rednerinnen und Redner zuständig und stoppt die Redezeit, ganz wichtig also. Zu meiner Linken der zweite Vizepräsident, Jürg Sulser. Das entspricht ihm eigentlich sehr gut, er ist unser Meldeläufer. Er rennt zwischen den Reihen herum und muss schauen, ob Sie wirklich im richtigen Moment reden wollen oder eben nicht. Unten der Vorbock: Da ist Qëndresa Hoxha-Sadriu. Sie ist Kantonsrätin und sie kontrolliert die Präsenz. Also wenn Sie Sitzungsgeld wollen, dann müssen Sie sich einschreiben. Und wenn Sie keins wollen und zu Hause sind, bitte entschuldigen Sie sich. Hinten im blauen Büchlein (*gemeint ist die Einladung des Kantonsrates mit Traktandenliste*) finden Sie die Adresse von Qëndresa, und sie wird Sie dann austragen. Daneben sitzt Pierre Dalcher, auch er Kantonsrat. Er ist für die Entgegennahme von Vorstössen und Rücktrittschreiben und so weiter zuständig. Vorstösse immer im Doppel einreichen, richtig geschrieben, ein klares Anliegen formuliert, und dann ist Pierre zufrieden. In der Mitte sitzt der Generalsekretär (*der Parlamentsdienste*), Moritz von Wyss. Er verfasst das Beschlussprotokoll der Sitzung, ist für alle Verfahrensfragen oder auch für sonstige Fragen zuständig. Und wenn er keine Antwort weiss, dann war es die falsche Frage (*Heiterkeit*). Neben ihm sitzt Heidi Baumann, sie schreibt die Protokolle und sie macht unsere Voten wohlklingend, sodass man sie mindestens nachher schriftlich versteht. Neben ihr sehen wir Claudio Stutz, er ist der stellvertretende Generalsekretär und er bereitet die Ratssitzungen vor: von der blauen Traktandenliste bis zum «Esel». Das ist das, was ich sagen muss. Und er ist auch für die Fragen der Technik zuständig. Eigentlich alles, was alle anderen nicht wissen, weiss er. Hinten bei den Medien sitzt Ronny Nicolussi. Er ist unser Medienbeauftragter. Neben der Betreuung der Medien verfasst er unsere öffentliche Ratssitzungsvorschau und berichtet nach den Sitzungen über die Beschlüsse. Wenn Sie ein Mail von ihm

bekommen, bitte subito beantworten. Er ist darauf angewiesen, Ihre Antwort zu bekommen. Ebenfalls hinten sitzt jeweils Kathrin Wyss. Sie ist zuständig für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit, das heisst also für unsere Feste, unsere Anlässe, unsere Empfänge, für die sozialen Medien und für Besuche im Rat. Sie sind beide hier – ganz wichtige Personen –, Sie können sich jeweils während der Sitzung an sie wenden. Dann ebenfalls hier ist Frank Sieber. Er schreibt gute Reden und ist auch im Rechberg (*Sitz der Parlamentsdienste*) anzutreffen, aber auch immer hier im Saal während den Sitzungen.

So, das wär's, das ist das, was ich Ihnen aufzeigen wollte. Ich hoffe, alle neuen Mitglieder trauen sich jetzt auch, mit uns zu reden.

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Dann kommen wir jetzt zur Traktandenliste. Bei Traktandum 19 (*Postulat KR-Nr. 88/2022*) steht fälschlicherweise «keine materielle Behandlung». Richtig ist, dass Hans-Peter Amrein am 27. Juni 2022 Antrag auf Ablehnung gestellt hat und wir heute materiell darüber diskutieren. Sie dürfen also alle mitreden.

Wünschen Sie weiter das Wort zur Geschäftsliste? Das ist nicht der Fall. Dann fahren wir fort, wie vorgesehen.

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

– **Planungs- und Baugesetz (PBG)**

Vorlage 5852

Zuweisung an die Kommission für Staat und Gemeinden:

– **Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG)**

Vorlage 5853

Lange Nacht der Zürcher Museen am 3. September 2022

Ratspräsidentin Esther Guyer: Hier noch eine Mitteilung, fast in halb eigener Sache: Nächsten Samstag feiern wir die Museumsnacht. Anlässlich der langen Nacht der Zürcher Museen öffnet das Rathaus nächsten Samstag 3. September 2022, seine Türen für die Öffentlichkeit. Unter anderem gibt es im Ratssaal eine aussergewöhnliche Lichtinstallation zu bestaunen. Im Festsaal besteht die Möglichkeit, sich mit der Bevölkerung in ungezwungenem Rahmen an der Bar auszutauschen. Es wäre sehr schön, wenn wir Sie dort auch begrüssen dürfen. Tickets für die gesamte Lange Nacht gibt es auf der Website der Langen Nacht der Zürcher Museen zu kaufen. Dann haben Sie beispielsweise auch Zutritt zur Kunstsammlung des Kantons Zürich und

zum «Alterthümer»-Magazin; damit meinen wir nicht die Regierung (*Heiterkeit*).

Wenn Sie nur das Rathaus besichtigen möchten, gibt es hinten beim Weibeldienst Gratistickets, die Sie heute Morgen und Nachmittag bei Bedarf abholen können. Mit den Tickets funktioniert das so – das sind diese (*die Ratspräsidentin zeigt eines dieser Tickets*). Sie sind nicht übertragbar, also nur für Sie und Ihre Begleitung. Aber damit können Sie dann ins Rathaus und können sich diese Ausstellung anschauen.

2. Wahl Mitglied Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen

für Barbara Günthard Fitze

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 154/2022

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Michael Bänninger, EVP, Winterthur.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraph 124 Absatz 2 des Kantonsratsgesetzes, Michael Bänninger als gewählt. Ich gratuliere zur Wahl und wünsche Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Wahl Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

für Hans Finsler

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 266/2022

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Claudio Schmid, SVP, Bülach.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraf 124 Absatz 2 des Kantonsratsgesetzes, Claudio Schmid als gewählt. Ich gratuliere zur Wahl und wünsche Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Wahl Mitglied Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit

für Hans Finsler

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 267/2022

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Marc Bochsler, SVP, Wettswil.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraf 124 Absatz 2 des Kantonsratsgesetzes, Marc Bochsler als gewählt. Ich gratuliere zur Wahl und wünsche Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Standort des Universitätsspitals Zürich

Einzelinitiative Roland Zimmermann vom 4. April 2022

KR-Nr. 142/2022

Ordnungsantrag

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Ich stelle den Antrag auf

Kurzdebatte.

Damit Kantonsrat Urs Hans – ich gehe davon aus, dass er mit mir einverstanden ist – und ich als Parteilose nicht von der Debatte ausgeschlossen sind und zu dieser Einzelinitiative Stellung nehmen können. Eine Einzelinitiative ist ein verfassungsmässiges Recht, Kantonsverfassung, Artikel 31, und sollte vom Kantonsrat entsprechend mit dem Rederecht für alle Mitglieder gewürdigt werden. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Hans-Peter Amrein hat einen Ordnungsantrag auf Kurzdebatte gestellt. Wir stellen fest, ob der Antrag eine Mehrheit erhält.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 103 : 6 Stimmen (bei 3 Enthaltungen), dem Ordnungsantrag zuzustimmen. Die Einzelinitiative 142/2022 wird in Kurzdebatte behandelt.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Eintreten auf Einzelinitiativen ist obligatorisch. Gemäss Paragraf 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von wenigstens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Wir haben am 24. Januar 2022 beschlossen, dass der Einreicher an den Verhandlungen teilnehmen und die Einzelinitiative begründen kann. Ich begrüsse sehr herzlich Roland Zimmermann und gebe ihm das Wort für zehn Minuten.

Roland Zimmermann, Einreicher der Einzelinitiative: Es ist heute ein eigenartiges Gefühl, ist es doch fast 30 Jahre her, seit ich nach einer dreizehnjährigen Karriere als Gemeinderat zum letzten Mal vor einem Parlament gesprochen habe. Jetzt stehe ich vor Ihnen und darf einen aussichtslosen Vorstoss verteidigen. Um was es dabei geht, haben Sie gelesen. Ich habe es ausführlich begründet und ich habe auch Ihren Fraktionspräsidenten zusätzliche Infos zukommen lassen. Sie werden sich fragen: Was soll diese Einzelinitiative? Warum hat er sie nicht zurückgezogen? Die Würfel sind ja längst gefallen und die Bagger zum Abriss stehen schon vor den Toren. Er macht sich ja eigentlich nur lächerlich.

Ich muss Ihnen sagen, ich bin nicht naiv zu glauben, dass heute auch nur 60 Stimmen zusammenkommen, um diese Initiative vorläufig zu unterstützen. Nein, dieser Vorstoss gibt mir vielmehr die Möglichkeit, Ihnen in die Augen zu schauen und ins Gewissen zu reden. Lassen Sie

es mich mit einfachen Worten erklären: Das USZ (*Universitätsspital Zürich*) ist wie ein einst renommierter Fussballclub, der in einem grossen Stadion spielt. Wir haben jedoch aktuell gewaltige bauliche Probleme, der Hardturm (*Stadion in der Stadt Zürich*) lässt grüssen. Das Stadion ist uralt und die Einsicht, dass es erneuert werden muss, ist da, aber die Situation ist echt dramatisch. Die kleine Ostkurve ist geräumt, die Abbruchunternehmen stehen bereit. Und mit etwas Glück können in zehn Jahren dort wieder Zuschauer Platz nehmen. In der Südkurve stehen zwei Provisorien. Das eine davon hätte schon längst wieder abgerissen werden müssen. Die grosse Westtribüne ist akut einsturzgefährdet und muss in naher Zukunft geschlossen werden. Und in der baufälligen grossen Nordtribüne werden bei laufenden Matches die vielen defekten Stühle ausgewechselt. Das ist – kurz – die Situation am USZ. Sie haben für den Umbau des Rathauses das wunderschöne Provisorium hier. Es ist funktioniert gut, es ist technisch gut ausgerüstet. Wenn Sie sich am USZ selber ein Bild machen wollen, wie die Realität dort aussieht, besuchen Sie doch im Nordtrakt die Gebärabteilung, wo Frauen mitten im Presslufthammerlärm ihre Kinder kriegen. Meine früheren Mitarbeiter (*der Einzelinitiant war bis zur Pensionierung Direktor der Frauenklinik*) werden Sie gerne herumführen. Oder noch besser: Lassen Sie sich an einem heissen Tag mit einer Etagedusche etwas abkühlen, Nasszellen in den Zimmern des Nordtraktes sind nämlich eine massiv rare Ware.

Nein, das ist leider kein Sarkasmus. Es ist ein ganz nüchternes Faktum, so ist die Situation dort oben. Bei einem solchen Stadion nützt es nichts, wenn Sie neue Spieler einkaufen oder den Trainer wechseln. Sie haben eigentlich schon zu wenig Zuschauereinnahmen, um solche Investitionen überhaupt zu finanzieren. Das USZ spielt bereits eine ganze Weile nicht mehr in der höchsten Liga. Der FC Albisrieden liegt in der Tabelle vor uns und muss uns jetzt mit Spielertransfers aushelfen. Und jetzt droht gar der Abstieg in die dritte Liga, wenn wir nur noch Klinikdirektoren einstellen und Lehrstühle, wie wir gerade am Wochenende gehört haben, umbesetzt lassen. Das «U» im USZ können Sie so bald wieder streichen und es umtaufen im «Kantonsspital», wie vor 40 Jahren. Ich habe 33 Jahre für diesen Klub gespielt, in den letzten 20 Jahren als einer der Spitzenspieler, und kenne den Betrieb von innen bestens, wahrscheinlich wesentlich besser als Sie alle hier im Saal. Jetzt hat mich die bauliche Situation förmlich aus dem Haus getrieben.

Ja, wer trägt die Verantwortung für diesen Schlamassel? Ich schaue Sie an. Ja, bis vor wenigen Jahren waren Sie, nicht das USZ, zuständig für den Spitalbau. Fakt ist: In den letzten 30 Jahren haben Sie, Regierungs-

und Kantonsräte und natürlich Ihre Amtsvorgängerinnen, weder nachhaltig einen neuen Spitalflügel gebaut, noch bestehende Gebäude nachhaltig saniert. Die Fenster sind so schlecht, dass wir die Umgebung bald mehr heizen als die Innenräume. Und wenn ein Helikopter nachts landet, werden sämtliche 600 hospitalisierte Patienten aus dem Schlaf gerissen. Und Sie haben beschlossen, das USZ am heutigen Standort zu belassen. Ein wesentlicher Grund war, dass die Zusammenarbeit unter den Hochschulen wichtig sei. Das ist ein wahrer Hohn. Unsere eigenen Forscher sind seit bald zehn Jahren von den Kliniken getrennt in Schlieren untergebracht, und es wird wohl einige Jahrzehnte noch so bleiben. Die Kliniken kennen die Forscher nicht mehr und die Forscher die Kliniken nicht. Sie haben mit dieser Taktik kurzfristig schätzungsweise 2 Milliarden Franken – ich bin nicht Finanzpolitiker – Investitionen gespart, um so das Triple A für den Kanton zu bewahren. Dieses bauliche Debakel wieder zu beseitigen, wird den Kanton aber langfristig wesentlich teurer zu stehen kommen. Sanieren bei laufendem Betrieb kostet bekanntlich immer massiv viel mehr als neu bauen, und das USZ wird diese Kosten nicht aus den Betriebsmitteln tragen können.

Sie haben uns das eingebrockt. Jetzt liegt es in Ihrer Verantwortung, einen tragfähigen Ausweg zu suchen und umzusetzen, und zwar schnell. Nehmen Sie sich Viola Amherd (*Bundesrätin*) als Beispiel mit ihrer F-35-Beschaffung (*Kampfflugzeug*).

Die Babyboom-Generation geht jetzt in Pension und ich gehöre dazu. Sie fordert von Ihnen unmissverständlich in wenigen Jahren eine Lösung für diese Probleme. Das USZ ist, um es Englisch auszudrücken, too big to fail. Bis der Neubau Mitte 1/2 fertiggestellt ist, fehlen uns schätzungsweise 150 Betten für Spitzenmedizin. Und wenn der Neubau in Betrieb geht, geht es mit dem Bettenmangel im gleichen Stil weiter. Sie können weder dem Personal nach den Patienten zumuten, über mehrere Dekaden mitten in einer Baustelle zu arbeiten beziehungsweise sich behandeln zu lassen, denn die Sanierung der Altbauten muss weitergehen und für einen menschenwürdigen Umbau fehlen schlicht die Verschiebeflächen. Wir haben einfach nicht bis Mitte dieses Jahrhunderts Zeit für das Projekt Berthold (*Masterplan für das Hochschulgebiet*). Ausser einem zügigen Neubau an einem anderen Ort rechts der Limmat sehe ich keine Lösung. Wo einer dieser Orte sein könnte – wahrscheinlich ein ganz guter – habe ich in der Begründung meiner Initiative skizziert. Wenn Sie eine noch bessere Lösung haben, dann nur zu, es liegt in Ihrer Hand. Aber machen Sie bitte diesen mutigen Schritt. Viel wahrscheinlicher – und ich komme jetzt zum Schluss – kommt es heute aber zur Tragödie, sodass an diesem Montag nur Verlierer die

Sitzung verlassen: ich mit meiner Einzelinitiative, Sie als Verantwortliche für dieses Baudebakel, aber ohne Idee, wie wir da rauskommen, die Bevölkerung, die über Jahrzehnte kein verlässliches Spital hat, die Steuerzahler, die dann in einigen Jahrzehnten mit Milliarden Zusatzkosten, die sie dann werden begleichen müssen, und vor allem die nächste Generation, welche nicht nur die Pension von uns Babyboomern stemmen muss, sondern auch noch die Altlasten im Spitalbau. Ich wünsche Ihnen einen klugen Entscheid.

Urs Glättli (GLP, Winterthur): Sie wollen, Herr Zimmermann, das Universitätsspital an einem anderen strategisch günstigeren Standort neu bauen und betreiben lassen. Sie wissen auch, wo das geschehen soll: in der Stadt Dübendorf, also Ihrer Wohngemeinde. Auch ich bin grünliberal, bekanntlich mit Wohnort Winterthur. Bei mir nebenan auf der grossen Zeughauswiese hätte es auch noch Platz für ein Universitätsspital. Für Winterthur fände ich das auch eine gute Idee. Schliesslich gäbe es bei uns Synergien mit dem Kantonsspital. Die Zeughauswiese übrigens, die ist bereits in der städtischen Bau- und Zonenordnung für Bauten mit öffentlichem Zweck vorgesehen. Aber das scheint gar nicht notwendig, auch wenn wir nie genau wissen, was die Zukunft bringt. Vielleicht sind wir dann tatsächlich eines Tages froh um mögliche Ersatz- oder wohl eher mögliche Zusatzstandorte fürs Zürcher Universitätsspital. Zurzeit aber gibt eine Masterplanung und ein von Kanton, Stadt, Unispital, Uni und ETH gemeinsam getragenes Generationenprojekt die Planung vor. Mit dem Eintrag im kantonalen Richtplan wurde das Vorhaben behördenverbindlich festgelegt. Zudem sind im Gebiet, teilweise rechtskräftig, sechs kantonale Gestaltungspläne festgesetzt, davon vier mit Bezug zum Unispital. Ein Übungsabbruch und radikaler Neubeginn macht heute keinen Sinn.

Die Grünliberale Fraktion unterstützt die Einzelinitiative Zimmermann deshalb nicht. Sie verspricht keine günstigere und praktikablere und vor allem keine rasch realisierbare Alternative. Herzlichen Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Sehr geehrter Herr Professor Doktor Zimmermann, Sie haben in der Sache absolut recht. Weder das Universitätsspital noch der Spitalcluster Balgrist sind am richtigen Ort. Verantwortlich dafür sind wir alle, auch diejenigen Ratsmitglieder wie ich, welche sich nicht vehement genug gegen den Ausbau der Kantonsspitäler an verkehrstechnisch ungeeigneten Standorten gewehrt haben. Das USZ wie auch das neue Kinderspital gehören nach Dübendorf. Es gibt im Kanton Zürich kein zentraleres und verkehrlich besser zu

erschliessendes Gelände, aber eben: Dieser Rat und die vorplanende Regierung, vertreten durch die Volkswirtschaftsdirektion und die Baudirektion, haben geplatzt. Und die Folgen davon sind absehbar: Enorme Kosten, keine Landreserven am derzeitigen Standort des USZ vor dem Hintergrund des aufgrund der derzeitigen Politik zu erwartenden weiteren ungesunden Bevölkerungswachstums in unserem Land und Kanton. Verkehrs-GAU und Stau etwa am Balgrist, aber auch rund um das zu erweiternde und zu erneuernde Unispital sind oder werden Tatsache. Die dafür verantwortliche Regierungsrätin (*Carmen Walker Späh*) und Regierungsrat (*Martin Neukom*) – die Regierungsrätin ist noch nicht da – sitzen heute im Rat. Und auch SP, GP und FDP sind als Verantwortliche genannt, haben sie doch das Postulat 157/2011 Amrein hier schnöde abgelehnt oder die dringliche Anfrage Amrein/Lenggenhager (*Altkantonsrat Marcel Lenggenhager*) 127/2018, «GAU am Balgrist» ignoriert.

Nur, Herr Professor Doktor Zimmermann kommt leider, leider mit seinem sehr durchdachten Vorstoss wie die alte Feuerwehr daher. Die Vorbereitungsarbeiten für die Sanierung des USZ sind zu weit fortgeschritten. Dieser Vorstoss hätte vor fünf Jahren eingereicht werden sollen. Und Herrn Glättli, juristischer Mitarbeiter bei Frau Fehr (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*), bleiben Sie dort, dann können Sie weiter verwalten. Was sie hier vorgebracht haben, ist das Beispiel eines Politikers und von Parteien, die sich nicht um unsere Bürger kümmern. Denn es ist wirklich so, wie Herr Professor Zimmermann es erläutert hat. Gehen Sie mal in die Kinderabteilung im Unispital und schauen Sie sich das an. Und dann erzählen Sie nicht so etwas, was Sie hier erzählt haben.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Ich möchte dem Einzelinitianten zu Beginn für seine durchaus nachvollziehbaren Ausführungen danken. Die Idee für einen neuen Standort des Universitätsspitals hat durchaus gewisse Vorzüge. Und als Medizinstudent muss ich leider dem Mängelkatalog des Einzelinitianten zustimmen. Für uns Grüne kommt aber auch, wie für Herrn Amrein, die Idee für diesen Standort leider ein paar Jahre zu spät, und wir werden Sie deshalb leider auch nicht unterstützen. Ich bin aber der Meinung, dass diese Frage beim nächsten grösseren Umbau durchaus breit diskutiert werden sollte.

Aber auch der jetzige Standort bringt durchaus einige Vorteile mit sich. So befindet sich das Unispital in Laufristanz von den Bahnhöfen Stadelhofen und Hauptbahnhof. Gleichzeitig ist das Spital mit ganzen vier Tramlinien erreichbar und die Zufahrt der Rettungswagen funktioniert.

Aus all diesen genannten Gründen bitten wir Grünen Sie, die Einzelinitiative abzulehnen. Herzlichen Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Wir haben es jetzt eben von einem Insider gehört, er hat uns fachlich und logisch nachvollziehbar erklärt, weshalb das Unispital sinnvollerweise neu gebaut, und zwar sprichwörtlich auf der grünen Wiese neu gebaut werden sollte. Schauen wir nur ganz kurz zurück: Im Frühling 2014 hatten Thomas Wirth von der GLP und ich das gleiche Anliegen, ein halbes Jahr später hat dieser Rat darüber beraten. Leider haben die Stimmen von GLP, Grünen, EVP und AL damals nicht gereicht, dem Postulat (*KR-Nr. 118/2014*) zu einer Mehrheit zu verhelfen. Die Argumentation des Regierungsrates überzeugte 2014 nicht und es überzeugt mich auch heute noch nicht, dass das, was wir heute haben, die beste Lösung sein soll. Die Probleme sind noch immer die gleichen oder haben sich verschärft: Denkmalschutz, fehlende Rochadeflächen, Verkehrserschliessung, völlig ungeklärte Refinanzierung und, und, und. Nach wie vor ist es offensichtlich, dass der Neubau des USZ auf einem unbebauten, gut erschlossenen Baugrund zweckmässiger und günstiger wäre als das Gigaprojekt mitten im Hochschulquartier. Das Argument, die unmittelbare Nähe von USZ, ETH und UZH (*Universität Zürich*) sei ein wichtiger Standortvorteil, ist im Zeitalter von Glasfaserkabel und Videokonferenz schlicht lächerlich. Heute hätten wir wahrscheinlich die allerallerletzte Gelegenheit, die Reissleine zu ziehen. Natürlich kostet ein Übungsabbruch viel Geld, aber weitermachen kostet noch viel mehr Geld. Das Unispital kann die gewaltigen Kosten niemals refinanzieren. Es ist also heute schon klar, dass der Kanton in die Bresche springen muss. Der Regierungsrat hat den Kanton Zürich mit diesem Standortentscheid in eine ewig teure Baustelle geritten. Wir haben heute die Gelegenheit, noch etwas dagegen zu tun. Deshalb wird die EVP die Einzelinitiative Zimmermann unterstützen.

Bettina Balmer-Schiltknecht (FDP, Zürich): Die FDP dankt Herrn Professor Zimmermann für die Einzelinitiative. Ich verstehe Ihre Beweggründe dafür und auch den Grund, wieso Sie erst jetzt an den Rat herantreten. Allerdings ist der Entscheid für den Standort wirklich bereits vor elf Jahren gefallen und es gibt gute Gründe, gerade ein Universitätsspital mitten in der Stadt zu bauen oder neu zu bauen. Uni, ETH und Universitätsspital an einem Ort, das ist für ein universitäres Spital ein Vorteil und kann auch im Detail im entsprechenden Regierungsratsbeschluss nachgelesen werden.

Auf der anderen Seite sind wir auch froh, dass Sie uns die Realität des Alltags im USZ und die Dringlichkeit des Umbaus vor Augen geführt haben. Auch Ihren Appell, dem «U» beim USZ Sorge zu tragen, habe zumindest ich gehört. Wir sind sicher, dass Sie hier eine Mehrheit finden, wenn es darum geht, den Wert eines renommierten internationalen Universitätsspitals am Standort Zürich zu halten, welches bei der Spitzenmedizin in den Top Ten weiterhin mitspielen soll. In diesem Sinne haben wir also Ihr Anliegen verstanden für den Neubau des USZ und werden den zuständigen Personen weiterhin ans Herz legen, zügig und weitsichtig die bereits bis weit ins Detail geplanten Vorhaben umzusetzen.

Noch kurz meine Interessenverbindungen: Ich bin Kinderchirurgin am USZ und im Vorstand der AGZ (*Ärztegesellschaft Zürich*).

Andrew Katumba (SP, Zürich): Sie drücken, Herr Zimmermann, den Finger wirklich auf die Wunde, und ich bedaure die Situation, wie Sie sie jetzt im Umbau diagnostizieren. Bei Ihrem Votum hatte man wirklich das Gefühl, dass man sich teilweise in einem Entwicklungsgebiet befindet, und es ist wirklich unrühmlich, aber nicht vermeidbar, wir kennen das bei vielen anderen Umbauten auch. Die Diskussion ist auch durchaus teilweise berechtigt, sie kommt aber, wie meine Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben, tatsächlich ein bisschen zu spät, und das sind tatsächlich elf Jahre. Bereits damals hat der Regierungsrat den Standortentscheid gefällt, und die einen hier im Rat mögen sich noch daran erinnern: Die SP hat damals gefordert, dass ebendieser Standortentscheid auch in die Eigentümerstrategie kommt. Dies wurde hier drin verworfen. Das heisst, die Mitverantwortung tragen wir auch hier mit. Aber ob das USZ nach Dübendorf-Stettbach kommt, diese Diskussion haben wir hier schon mal geführt, das wurde damals verworfen. Und daher hat man bei der Masterplanung im Hochschulquartier gesagt, man möchte gern Universität und Universitätsspital an diesem Standort hier belassen.

Dem haben wir hier, und zwar mit einer deutlichen Mehrheit, diesem Richtplan haben wir hier zugestimmt, das war 2017. Und wir wussten, dass es rumpeln wird. Es rumpelt jetzt, sobald die Bagger aufgefahren sind, und ich hoffe, dass – ich sage es jetzt mal so – dieser Umbau, dieses Umbauvorhaben mit entsprechend viel Fingerspitzengefühl dann auch vonstattengeht. Ich möchte einfach auch nochmals daran erinnern, dass das USZ ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Ja, die Bagger sind aufgefahren, wir sind zu spät oder Herr Zimmermann ist zu spät. Ich war in den Sommerferien leider über vier Wochen mindestens jeden zweiten Tag mehrere Stunden im Nordtrakt des Universitätsspitals. Ich habe keinen einzigen Presslufthammer gehört. Meine Frau und mein Bub hatten die beste medizinische Versorgung. Ja, sie waren nicht in einem Fünfsterhotel, aber wer eine medizinische Versorgung in einem Fünfsterhotel möchte, kann sich auch eine Privatklinik leisten. Ja, die Betten sind nicht voll. Die Zimmer sind nicht voll. Aber das ist wegen dem Personalmangel, aus keinem anderen Grund.

Die SVP steht zum Masterplan Hochschulgebiet Zürich Zentrum. Die Vorzüge haben Sie vorhin von Bettina Balmer gehört. Und noch zu Hans-Peter Amrein: Ja, das Unispital ist verkehrstechnisch nicht ideal erschlossen. In den Sommerferien konnte ich zu jeder Tageszeit hinfahren, ohne Stau. Kaum waren die Sommerferien zu Ende: Stau, kein Durchkommen. Dasselbe werden wir in der Lengg erleben. Das hat aber nichts mit dem Standort zu tun, sondern mit der verfehlten links-grünen Verkehrspolitik. Die SVP lehnt den Vorstoss ab.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Was hier vorgetragen wird, zeigt uns in aller Deutlichkeit, wie in der Schweiz Gesundheitspolitik betrieben wird. Beim Standortentscheid – das haben wir gehört – waren es die Argumente «Verkehr» und «Finanzierbarkeit». Ein Scheinargument war die Nähe zu ETH und Universität. Die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten und vor allem aber der Mitarbeitenden waren kein Thema. Der nächste Sündenfall: Investitionen in Milliardenhöhe, die man dann über die Gesundheitskosten abschreiben will. Die Politik, die wir hier betreiben, führt uns ins Chaos. Und Sie müssen heute die Einzelinitiative nicht annehmen, denn ich kann Ihnen garantieren, dass der Plan, so wie Sie ihn beschlossen haben, nicht zu Ende geführt werden wird, weil die Komplikationen derart sein werden, dass Sie sich einer neuen Lagebeurteilung stellen müssen. Vielleicht wäre es doch besser, wenn man hier und da die Fachleute aus dem Gebiet fragen würde. Einfach die Idee «das sind alles Leute, die nur ihre eigenen Interessen vertreten, die nur für ihren Zahltag schauen, auf die hören wir nicht», das sind keine guten Argumente, um die Fachleute nicht beizuziehen bei solch wichtigen Entscheiden. Ich werde die Einzelinitiative unterstützen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Ich glaube, diese Einzelinitiative ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir Mühe haben, die Politik bei der breiten

Bevölkerung transparent darzustellen. Wenn sogar eine hochgebildete Person wie Herr Zimmermann elf Jahre, nachdem ein strategischer Entscheid gefällt worden ist, die Baubewilligungen für das USZ vorliegen, die Planung fertig ist und gebaut werden kann, wenn er nach elf Jahren nun meint, er habe eine bessere Idee, und dann noch von einem Kollegen (*gemeint ist Hausarzt Josef Widler*) hier drin unterstützt wird, dann, muss ich sagen, machen wir etwas falsch. Wenn der Mist geführt ist, dann ist er geführt, und man hat diese Strategie diskutiert. Es gibt immer Argumente dagegen und dafür, aber der Entscheid ist jetzt gefällt. Und wenn man jetzt wieder einen Reset-Knopf drückt, kommt es etwa gleich schlimm heraus, wie bei Herrn Cassis (*Bundespräsident Ignazio Cassis*), der einen noch schlimmeren Reset-Knopf drückt (*gemeint ist der Abbruch der Gespräche über ein Institutionelles Rahmenabkommen mit der EU*), dann hätten wir wieder 15 Jahre Verzögerung und das ist jetzt ziemlich absurd. Ich bitte Sie, diese Sandkastenübungen am Montagmorgen nicht noch zu unterstützen, indem Sie Ihre Stimme für diese Einzelinitiative geben.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Mehrere Sprecher monierten, die Einzelinitiative komme zu spät. Der Zeitpunkt der Einzelinitiative begründet sich im zweiten Abschnitt: «Das Universitätsspitalgesetz soll dahin geändert werden...». Das USZ-Gesetz wird zurzeit im Kantonsrat, das heisst in der KSSG (*Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit*) behandelt und besprochen. Eine PI, also die parlamentarische Variante dazu in dieser Sache, müsste gemäss Kantonsratsgesetz Paragraf 62 Absatz 2 für nicht zulässig erklärt werden, weil das Gesetz ja behandelt wird. Ich kann Ihnen versichern, Kosten und Finanzierungen des USZ müssen genauer angeschaut werden, und in den KSSG-Beratungen wird das so stattfinden. Was wir nicht können, ist, den Standort ändern. Das USZ ist und bleibt in der Stadt Zürich und viele Rahmenbedingungen werden durch die Stadt diktiert. Das hat auch finanzielle Auswirkungen.

Bettina Balmer-Schiltknecht (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich würde noch gerne auf Markus Bischoffs Votum antworten. Ich finde diese Debatte heute Morgen nicht uninteressant. Natürlich ist diese Standortfrage schon lange geklärt, das habe ich vorher auch ausgeführt. Aber ich denke, wir können doch mitnehmen, dass der Baustellenproblematik im USZ ziemlich viel Sorge getragen werden muss, wenn das Universitätsspital weiterhin universitär bleiben soll. Und ja, es ist schon möglich, dass man auf der Neonatologie im zehnten Stock nicht allzu

viel hört, aber es gibt andere Stockwerke oder den Operationssaal oder die Gebärabteilung, wo dann halt die Pressluftbohrer doch zu hören sind. Und ich glaube, dass jemand, der 24 Stunden oder sagen wir 12 bis 16 Stunden am Tag dort arbeitet, doch noch etwas mehr mitbekommt, wie die Umstände im USZ sind, als jemand, der einfach eine Phase lang, auch wenn sie über einige Wochen geht, das USZ besucht hat. Von daher vielen Dank für diese Debatte.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 142/2022 stimmen 16 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht worden. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Teilnahme an Studie zur politischen Neutralität der Sekundarstufe II

Postulat Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen), Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), Paul von Euw (SVP, Bauma) vom 11. Juli 2022
KR-Nr. 240/2022, Antrag auf Dringlichkeit

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Rat hat heute über die Dringlichkeit des Postulates zu entscheiden. Die Redezeit zur Dringlichkeit beträgt zwei Minuten.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Wahl- und Abstimmungsumfragen, Statistiken belegen deutlich, dass die Mehrheit aller Lehrpersonen seit den 60er-Jahren eher links-grün denken, das müssen Sie nicht abstreiten. Ausnahmen bestätigen die Regel. Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen zeigen, dass es dabei nicht allen gelingt, sich neutral zu verhalten, den ihnen ausgelieferten Kindern und Jugendlichen aus bürgerlichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen Elternhäusern gegenüber unvoreingenommen, achtsam, beziehungsbedacht, offen zu begegnen. Immer wieder kommt es zu Propaganda-Äusserungen, zu Reklame, zu Aushängen in Schulen; etwas, das im Militär übrigens, wenn ein Vorgesetzter den ihm ausgelieferten Rekruten politische Propaganda verteilen würde, im Arrest enden könnte.

Dass die Sache an Mittelschulen untersucht wird, ist wichtig. Dass es gar dringlich ist, hat zwei Gründe: Die Kantone Aargau und Solothurn

geben dieselbe Studie in Auftrag. Wenn wir pressieren, ergibt sich, erstens, Kosteneffizienz durch Synergien und, zweitens, können die Resultate in einem überkantonalen, fast schon gesamtschweizerischen Kontext gewürdigt und verglichen werden. Dieser Zug fährt ab und deshalb müssen wir pressieren mit dem Aufspringen. Mit dem Rhythmus unserer Fraktionssitzungen und den Sommerferien ist der Weg über diese Debatte – Vorstoss einreichen und parallel dazu in anderen Fraktionen behandeln – die schnellste Möglichkeit, den Zug noch zu erwischen. Ich hoffe, Sie machen mit und unterstützen die Dringlichkeit. Danke vielmals. Die Dringlichkeit ist also im Verlauf des Geschäftes begründet und eigentlich nicht im Materiellen, denn der Missstand besteht schon seit Jahrzehnten.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa): Ein Gespenst geht um, ein Gespenst, das wir seit dem Kalten Krieg eigentlich hinter uns gelassen haben meinten: die Gesinnungspolizei. Wir werden ja später darüber reden, dass die Gesinnungsbefragung der Lehrpersonen der Sekundarstufe II unsinnig ist und dass eine Studie dazu nur unnötige Kosten verursachen würde. Heute gilt es ja nur darüber zu entscheiden, ob Dringlichkeit gegeben ist. Die Antwort der SP-Fraktion ist Nein, Dringlichkeit besteht nicht. Die Lehrpersonen auf der Sekundarstufe II unterrichten, unabhängig von ihrer Gesinnung, schon seit Jahren politisch neutral und werden das auch in Zukunft tun. Beim Fehlentscheid im Aargau mitzumachen, ist ein Schnellschuss und ein Mittel, dieses Non-Thema in den Medien zu halten. Zudem: Der Kalte Krieg ist vor über 30 Jahren zu Ende gegangen. Es ist ziemlich ironisch, eine Idee aus dieser Zeit als dringlich erklären zu wollen. Wir bitten Sie, den Antrag auf Dringlicherklärung aus den genannten Gründen abzulehnen. Vielen Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Die Postulanten referieren hier auf eine nicht repräsentative Umfrage von drei Aargauer Maturanden, alles Jungfreisinnige. Und Sie meinen also, die Umfrage sei politisch neutral? Interessant, wenn man diese Umfrage durchliest, ist, dass über 80 Prozent der Unterrichtsinhalte von den Schülerinnen und Schülern als völlig objektiv beurteilt worden sind und dass die grosse Ausnahme nur die Geografie ist. Offenbar ist also für einen Teil der Befragten der Klimawandel und seine menschlichen Ursachen, Thema der Geografie, ein politisches Thema. Na ja, kann ich als Grüner nur sagen. Und was man da auch noch lesen kann: Für Schülerinnen und Schüler sind Peers, also die Klassenkameradinnen und -kameraden, für die Meinungsbildung bedeutender als die Lehrpersonen. Damit bestätigt sich, was NZZ-

Redaktor Zeno Geissler in einem geistreichen Kommentar fordert, nämlich: «Die Schule soll Werte vermitteln aber politisch keine Stellung beziehen?» Diese Forderung sei unrealistisch. Viel wichtiger sei, schreibt er, dass die Kinder und Jugendlichen lernen zu erkennen, wenn sie manipuliert werden, und zwar nicht nur in der Schule. Die Postulanten stellen also die völlig falsche Frage. Wir müssen doch keine teure Studie anfertigen, um herauszufinden, ob unsere Schulen neutral beziehungsweise ausgewogen genug sind. Es wäre viel wichtiger zu wissen, ob sie als kritische Geister in den Schulen genügend ausgebildet werden, um dann den späteren Herausforderungen der Manipulation ausserhalb der Schule wirklich kritisch begegnen und diese selbstständig und autonom analysieren zu können, um sich dann eine eigene Meinung bilden zu können. Wir wollen Schülerinnen und Schüler, die selber denken, und das müssen wir ausbilden. Für eine Dringlichkeit sehen wir keinen Anlass. Ich danke Ihnen.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Ich sehe durchaus die Dringlichkeit. Es ist sicher sinnvoll, wenn in der Mittelschulbildung auch politische Themata einfach auf den Tisch kommen, zum Beispiel – es wurde genannt –, was man unter Klimawandel versteht, und so weiter. Natürlich darf man das nicht völlig ausklammern, aber das Problem ist die politische Färbung des Unterrichts, in dem Sinne so weitgehend, dass Schüler, die es dann nicht dieser Richtung entsprechend nachvollziehen, benachteiligt sind. Es darf nicht sein, dass wir die Mittelschule als eine reine Kaderschmiede einer politischen Richtung verstehen. Die Mittelschule soll offen sein, soll neutral sein. Die Sekundarschule darf keineswegs Schüler benachteiligen, die eine vielleicht konservative, vielleicht einfach bürgerliche Haltung einnehmen. Ich hoffe, dass das auch die Kollegen von der linken Ratsseite nachvollziehen können. Wir wollen keine Gesinnungspolizei, aber wir wollen einen neutralen Schulunterricht, auch keine Verunglimpfung von linken Theorien, sondern einfach Neutralität. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes braucht es für das Zustandekommen der Dringlichkeit 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die Dringlichkeit des Postulates KR-Nr. 240/2022 stimmen 70 Ratsmitglieder. Die Dringlicherklärung ist somit zustande gekommen.

Der Regierungsrat hat zum dringlichen Postulat innert fünf Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Tiefenlager für radioaktive Abfälle: Unabhängige wissenschaftliche Begleitung zur Gewährleistung der Sicherheit und zur Unterstützung der Bevölkerung

Dringliches Postulat Wilma Willi (Grüne, Stadel), Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) vom 27. Juni 2022
KR-Nr. 210/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat entgegenzunehmen. Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über die Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden. Wird überhaupt ein Ablehnungsantrag gestellt? Wie ich sehe, will Christian Lucek einen Ablehnungsantrag stellen, ist das so?

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Ja, wir haben ein Problem damit, und zwar geht es hier auch um die zeitliche Situation. Wie Ihnen allen bekannt ist, wird der Entscheid zur Standortevaluation in den nächsten Tagen, Mitte September, verkündet werden. Und auch Jura Ost ist ein Gebiet ausserhalb des Kantons Zürich, das immer noch im Rennen ist. Also wir führen hier eigentlich eine Diskussion zur Unzeit, es ist ein Schattenboxen. Der weitere Prozess nach der Standortfestlegung mit dem Rahmenbewilligungsgesuch wird noch viele Jahre gehen, inklusive Volksabstimmung, und es besteht daher kein Grund zur Eile. Wir erwarten eine fundierte, transparente und nachvollziehbare Offenlegung der Untersuchungsergebnisse durch den Bund mit NAGRA (*Nationale Gesellschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle*) und ENSI (*Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat*). Liegen diese vor, muss dann beurteilt werden, inwieweit es tatsächlich weitere Expertisen braucht.

Wir möchten aber richtig verstanden werden: Wir unterstützen es und haben das auch immer wieder gefordert, dass der Kanton die dannzumal bekannten Standortgemeinden, seien sie denn im Kanton Zürich, unterstützt und zur Wahrung ihrer Interessen einen geeigneten Fachbeistand stellt. Doch der Aufbau, wie es jetzt hier gefordert wird, der Aufbau einer kantonalen Expertengruppe, benötigt sehr spezifische Fachleute, welche, wenn überhaupt vorhanden, bereits längst in die Untersuchung

der NAGRA involviert sind. Dem Beizug von ausländischen Experten, namentlich aus dem nördlichen Nachbarland, wie es den Postulanten vorschwebt, stehen wir äusserst kritisch gegenüber. Das Tiefenlager unterliegt dem Sachplan des Bundes, die kantonalen Zuständigkeiten liegen bei der Baudirektion. Es obliegt Ihrem Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*), inwieweit er eine eigene Expertenkommission einsetzen will. Wir lehnen daher das Postulat ab.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Nichts ist so sicher wie, dass nichts sicher ist. Und darum stehe ich heute hier. Unverständlich ist es eigentlich, wieso wir überhaupt darüber debattieren sollen. Zuerst werde ich beschreiben, wieso wir das Postulat eingereicht haben, und dann werde ich auch noch zur Dringlichkeit reden.

Nun ja, in zwei Wochen hören wir, wo das Tiefenlager liegen wird. Die offizielle Bezeichnung der Ankündigung heisst «Auswahl der Standorte für die Vorbereitung der Rahmenbewilligungsverfahren, ASR». Nun, die Chancen unseres Kantons sind intakt, dass das Tiefenlager bei uns liegen wird. Ich werde auch später noch sagen, warum ich so sicher bin. Wir reden vom grössten Bauwerk dieses Jahrhunderts, welches realisiert werden muss. Oder haben wir schon etwas für 14'000 bis 1 Million Jahre gebaut? Und dann muss es uns noch gegen Strahlen beschützen. So nebenbei, der Rheinfall entstand vor 15'000 Jahren – von wegen Umbrüchen und Sicherheit.

Das Postulat wurde von uns eingereicht, weil wir uns hier immer einig waren, dass wir die Verantwortung tragen, dass wir solidarisch sind und gemeinsam die Verantwortung übernehmen möchten und werden, wir alle. Es ist sehr wichtig, dass wir hier vom Kanton begleitet werden. Wir haben bis jetzt verschiedene Expertisen gehabt und diese haben sehr viel gebracht. Ich erkläre etwas dazu: Die Arbeitsgruppe Sicherheit der Kantone sowie die kantonale Expertengruppe Sicherheit, KES, diese beiden Gruppen haben mit viel Fachwissen und Umsicht die Prozesse begleitet und sich sehr, sehr kompetent für die Anliegen unseres Kantons und auch für die Einwohnerinnen und Einwohner der Regionen eingesetzt. Ich nenne ein Beispiel: Wer sich die Mühe gemacht und den Regierungsratsbeschluss RRB 307/2021 gelesen hat, wird überzeugt sein, wie wichtig die Rolle des Kantons wirklich ist. Die Rolle ist von höchster Relevanz. Mit dem Beschluss hat der Regierungsrat unseres Kantons vor gut einem Jahr fundierte Fakten geliefert, wichtige Forderungen gestellt und Klärung verlangt. Ja, der Regierungsrat hat diese Prozessbegleitung bis jetzt hervorragend geleistet und hat zum Beispiel auch Folgendes verlangt: dass überhaupt fundiert geprüft werden muss,

was mit unseren Grundwasser-Arealen los ist. Wir haben in der Nähe der Rheinau und auch mit dem Weiacherhard strategische Grundwasserareale des Kantons. Und da hat der Kanton ganz klar gesagt, dass zum Beispiel keine Verpackungsanlagen oberhalb dieser Areale gebaut werden dürfen. Da fühlt man sich natürlich schon sicherer. Und natürlich hat sich der Regierungsrat auch ganz fest mit dem Umgang mit den Fruchtfolgeflächen, mit ökologischer Vernetzung und so weiter auseinandergesetzt. Das ist natürlich wichtig, denn beide Standorte des Kantons Zürich liegen im Landwirtschaftsgebiet, liegen also in der Landschaft, nicht irgendwie in der Stadt. Und dann kann ich zum Beispiel auch sagen: Bei Nördlich Lägern hat der Regierungsrat verlangt, dass die Infrastrukturanlagen, falls sie dort sind, untertags, also unterirdisch sein solle. Die NAGRA hat dann behauptet, es wäre überhaupt nicht nötig wegen Felsschlag und weiss nicht was. Der Kanton hat dies mit einem eigenen Gutachten widerlegt. Das heisst, der Kanton hat wieder gezeigt: Mit wissenschaftlicher Abklärung kann man Klarheit schaffen und sich für die Bevölkerung einsetzen.

Wenn der Entscheid in zwei Wochen bekannt gemacht wird, geht die Arbeit richtig los. Der Brocken wird uns auf die Füsse fallen. Wir werden uns die Augen reiben und dann werden wir anfangen zu ahnen, was auf uns zukommt. Nun ja, die NAGRA hat die wissenschaftliche Forschung bis jetzt, würde ich sagen, sehr gut gemacht, mit guten Wissenschaftlern und sogar Wissenschaftlerinnen, aber die NAGRA ist Partei. Und dann kommt dazu, dass viele Fragen absichtlich offengelassen wurden. So hat das ENSI geschrieben, dass erst mit den Umweltverträglichkeitsprüfungen überhaupt geschaut wird, wie die Tiefengrundwasserströme beeinflusst werden. Ich mache darauf aufmerksam, im Zürcher Unterland haben wir zum Beispiel die Mineralquelle Eglisau, sie besteht aus Tiefengrundwasser. Oder die Thermalquellen von Baden und Zurzach, die kommen direkt aus dem tiefen Untergrund, und das wird erst später geklärt. Und es ist so, während der Bearbeitung dieser Rahmenbewilligungsgesuche wird der Kanton sehr viel zu tun haben. Und wichtig auch: Der Kanton wird als Anlaufstelle für die Bevölkerung eine wichtige Rolle spielen, denn die Betroffenen müssen ja mit irgendjemandem reden können. Und dann kommt die Frage nach den Abgeltungen. Der Bundesrat hat dies bewusst bis jetzt nicht geregelt. Das heisst: Was machen wir, wenn statt mit dem offenen Geldsäcklein mit den Anwälten angetanzt wird? Also ich meine, wir reden darum von ganzen Regionen. Dann sind weitere Angelegenheiten noch offen: Es bestehen bislang keine Abbruchkriterien für den Fall, dass Mängel oder

Erkenntnisse zeigen, dass das Tiefenlager oder dieser Standort nicht gebaut werden soll. Es besteht kein Konzept für die Rückholbarkeit. Über die Gefährlichkeit der radioaktiven Niedrigstrahlen wird momentan gestritten, und zwar wissenschaftlich. Es wird mittlerweile angenommen, dass sie gefährlicher sind, als bis jetzt geglaubt. Die mutierten Schmetterlinge rund um Fukushima, wo übrigens die Grenzwerte nicht überschritten werden, geben zu denken.

Und jetzt komme ich noch zur Dringlichkeit: Ja, dass der Standortvorschlag in zwei Wochen vorliegt, zeigt uns, wie zeitnah wir heute darüber reden. Mit zwei von drei möglichen Standorten im Kanton Zürich sind unsere Chancen intakt und auch aufgrund der Beschaffenheit und Mächtigkeit des Opalinuston können wir heute davon ausgehen, dass das Tiefenlager im Kanton Zürich zu liegen kommt. Dringlich ist es auch, dass unser Kanton befähigt wird oder dass unser Kanton bereit ist, sofort loszulegen. Wir zeigen mit der Dringlichkeit den Menschen unseres Kantons, den Gemeinden und auch schweizweit, dass wir im Kanton Zürich bereit sind. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir sind bereit, die Prozesse kritisch zu begleiten und zu überprüfen. Wir sind bereit, das Bestmögliche zu tun, damit diese schwierigste Aufgabe aller Zeiten so sicher wie möglich ausgeführt werden kann. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis. Wir alle müssen als Vertreterinnen und Vertreter der Einwohner und Einwohnerinnen dieses Kantons zeigen, dass wir bereit sind, dem Rechnung zu tragen. Ein wenig Sicherheit in diesen unsicheren Zeiten ist einfach notwendig. Nun, falls Sie nicht in der Nähe dieser Gebiete Nördlich Lägern oder Zürich Nordost wohnen ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich): So viel vorab: Wir Grünliberalen unterstützen die Überweisung des dringlichen Postulates, da die Kommunikation des Standortes für ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle durch die NAGRA in den nächsten Wochen erfolgen wird. Die Kantone halten die meisten bis sämtliche Anteile an den grossen Schweizer Energieversorgungsunternehmen, denen die Schweizer Kernkraftwerke gehören. Nach der Kommunikation des möglichen Standortes wird ein langer Prozess anstehen, der bis nach Bundesbern führen wird. Über den Standortentscheid für das Tiefenlager wird schlussendlich die ganze Schweiz abstimmen – die ganze Schweiz über die betroffenen Gemeinden, in denen das Generationenprojekt ausgeführt werden soll. Dabei ist die Unabhängigkeit zwischen den Abfallverursachern, der Wissenschaft und dem Gesetzgeber kritisch zu hinterfragen, nicht die

wissenschaftliche Arbeit der NAGRA an sich. Es stellt sich generell die Frage: Ist es überhaupt richtig, dem Verursacher auch gleich die Endlagersuche zu überlassen? Und wer vertritt die lokale Bevölkerung und die Anliegen des Kantons Zürich?

Ab der Inbetriebnahme des Lagers sollen nach rund 60 Jahren die Beobachtungen abgeschlossen werden mit der Beurteilung, ob das Projekt auch funktioniert und «verhebt» – wortwörtlich. Denn nach dem Verschluss des Lagers ist das Los der kommenden 30'000 Generationen, die hoffentlich nie von einem AKW, von Atomwaffen und Atommüll gehört haben und womöglich auch nicht wissen werden, was sich da unter der Erde befindet. Für uns heisst es dann vorerst «aus den Augen, aus dem Sinn», aber nur solange die Nutzung des tiefen Grundwassers und des Untergrundes kein aktuelles Thema sind. Der Mensch kann vielleicht zwei bis drei Generationen in die Zukunft vorausdenken. Die Geschichte zeigt uns eindrücklich immer wieder auf, dass sich Wissen und Gesellschaft stets weiterentwickeln und überholen. Heute haben wir noch keine Ahnung, wie sich die menschliche Gesellschaft, ihre Handlungsweisen und ihre technologischen Fähigkeiten verhalten und weiterentwickeln werden. Wie lässt sich also die Sicherheit einer Deponie garantieren, deren Müll erst nach hunderttausenden Jahren für uns Menschen harmlos sein wird? Die angestrebten Lösungen müssen also möglichst unabhängig von Menschen funktionieren können. Das zeigt sich nur schon an der Tatsache, dass wir etwas Radioaktives in den Boden einführen und mit Bauweisen und Materialien zu schützen versuchen, die eine viel kürzere Lebenszeit haben als der Müll selber. Die ältesten noch bestehenden Bauwerke des Menschen sind ein paar tausend Jahre alt. Der Inhalt überdauert die Bauweise also bei weitem. Was das genau bedeutet, weiss heute niemand. Wieso ich das hier erwähne, hängt stark damit zusammen, dass der Entscheid über das Generationenprojekt an sich zahlreiche vielschichtige Fragestellungen und auch gesellschaftliche Konsequenzen mit sich bringt. Im Fall der Standortwahl im Kanton Zürich ist es deshalb für die Bevölkerung wichtig, dass die interne kantonale Fachstelle möglichst rasch gutes, verlässliches und anerkanntes Fachwissen akquiriert, um die Diskussion auf Basis unabhängiger Informationen führen zu können und die Anliegen der Bevölkerung und der Gemeinden zu vertreten und sie tatkräftig zu unterstützen.

Nur schon das Bauvorhaben an sich wird grosse Emissionen für die lokale Bevölkerung und die Umwelt nach sich ziehen. Deshalb ist es richtig und wichtig darzulegen, wie die wissenschaftliche Begleitung des Sachplans geologische Tiefenlager gestärkt werden kann. Es handelt

sich beim Tiefenendlager nicht um ein reguläres Tiefbauprojekt. Wie bereits erwähnt, betrifft es nicht nur uns, sondern zahlreiche weitere Generationen und potenziell auch unser Tiefengrundwasser und unsere Umwelt.

Wir Grünliberalen stehen konsequent für faktenbasierte und unabhängige Diskussionen ein und unterstützen deshalb das vorliegende dringliche Postulat. Besten Dank.

Alex Gantner (FDP, Maur): Ich spreche hier für meine kurzfristig abwesende Kollegin Barbara Franzen, die ja in diesem Thema auch zu Hause ist in ihren vielfältigen politischen Engagements. Diesen September erwarten wir mit viel Spannung die Ankündigung der NAGRA, für welchen der drei noch möglichen Standorte für ein geologisches Tiefenlager sie beabsichtigt, beim Bundesrat ein Rahmenbewilligungsgesuch einzureichen. Wenn wir «viele» sagen, dann meinen wir natürlich vor allem die Menschen in den Standortregionen Jura Ost, Nördlich Lägern oder Zürich Nordost. Selbstverständlich bewegt das Thema und selbstverständlich sind wir gespannt auf die Ankündigung. Aber die Ankündigung darf auch als regulärer Teil, als weiterer Schritt eines seit Jahren laufenden Prozesses, des Sachplanverfahrens geologisches Tiefenlager gelesen werden.

Diesen Prozess, der wegen der beiden im Verfahren befindlichen Zürcher Standorte natürlich besonderes Interesse weckt, begleitet die FDP seit Beginn sachlich kritisch. Aus unserer Sicht ist es jetzt sicher nicht die Zeit zu spekulieren, ob es denn ein Zürcher Standort werden wird oder nicht, auch wenn die Postulantinnen und Postulanten der Grünen und SP dies offenbar tun. Sehr wahrscheinlich falle der Entscheid auf einen Zürcher Standort, schreiben sie. Auf diesen Sandhaufen der Spekulationen zu bauen und im Voraus einen weiteren Bericht – auf Halde quasi – zu verlangen, scheint uns nicht zielführend. Das entspricht eben genau nicht, wie im Postulat gefordert, der zusätzlichen Wissenschaftlichkeit, sondern ist wegen des spekulativen Charakters eigentlich eine politische Forderung und sie wird zur Unzeit lanciert. Die FDP rät hingegen zu Ruhe. Es ist klar, dass im Moment noch allzu vieles, allzu Fundamentales offen ist: Standort, Oberflächenanlage, Brennelement-Verpackungsanlage, das Verkehrskonzept. Wenn tatsächlich ein Zürcher Standort ausgewählt werden würde, dann, so sind wir überzeugt, wird die Zürcher Regierung die anstehenden berechtigten Fragen, die wir alle kennen, sachlich, aber auch mit der gleichen professionellen Hartnäckigkeit und kritischen Wissenschaftlichkeit angehen, wie sie dies schon während des ganzen Prozesses eindrücklich bewiesen hat.

Also wir sprechen hier auch ganz eindeutig ein Lob aus auf die Aktivitäten des Regierungsrates und vor allem der Baudirektion. Es wird dann darum gehen, die Infrastrukturlast-Fragen zu klären, Verkehrs-, Transport-Fragen anzugehen, regionale Entwicklungsfragen aufzugleisen. Und es wird darum gehen, die Standortgemeinden und deren Bevölkerung bestmöglich zu unterstützen. Hier sind wir mit den Postulanten und Postulantinnen sicher einig. Und vor allem wird auch der Kanton, die Fachstelle, den Entscheid der NAGRA auf seine wissenschaftliche Ableitbarkeit hin genauestens prüfen. Die Fachleute des Kantons haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie genau dies sehr gut können. Der Kanton Zürich hat seine Anliegen gegenüber allen Stakeholdern, gegenüber der NAGRA und den Bundesbehörden immer sehr deutlich zum Ausdruck gebracht und hat sich so auch in der Arbeitsgruppe Sicherheit Kantone und in der kantonalen Expertengruppe Sicherheit hervor getan.

Und was die Nachvollziehbarkeit des Entscheides der NAGRA angeht, ist der Kanton ja nicht allein. Es wird am ENSI sein, die Dokumente und Berichte der NAGRA auf ihre Nachvollziehbarkeit, auf ihre wissenschaftliche Stringenz hin zu prüfen. Zudem wird eine weitere unabhängige Kontrollinstanz die gleiche Aufgabe übernehmen, nämlich die Kommission für nukleare Sicherheit, KNS. Damit ist eigentlich bereits ein weiterer Punkt aus dem Forderungskatalog der Postulanten aufgeleitet: Es gibt unabhängige, wissenschaftlich hochdotierte Fachgremien, die den Standortvorschlag überprüfen.

Daher komme ich zum Fazit: Wir werden das dringliche Postulat nicht überweisen wollen. Wir verstehen angesichts der ganzen Einbettung in die Arbeiten des Regierungsrates und der Baudirektion eigentlich auch nicht, weshalb die Baudirektion gewillt ist, das Postulat entgegenzunehmen. Da wird uns vielleicht auch der Herr Baudirektor etwas zu sagen haben. Das Postulat kommt zur Unzeit und daher warten wir gescheit ab. Besten Dank.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Früher war die Zukunft ein Versprechen, heute ist sie eine Bedrohung. Dieses Zitat meines Sitznachbarn aus der Mitte (*gemeint ist Farid Zeroual*) trifft wohl auf jene Bevölkerungskreise zu, die dereinst von der Erstellung eines Tiefenlagers betroffen sein werden. Wenn diesem Gefühl der Bedrohung der Stachel genommen werden kann, sind für uns die Grundlagen gegeben, dieses Postulat zu unterstützen. Mit dieser Unterstützung verbindet sich aber auch die Erwartung, dass diese wissenschaftliche Begleitung ihren Fo-

kus auf die Begleitung und sachdienliche Information der Standortgemeinden richtet. Und wir erwarten, dass sie diese Arbeit in Kooperation und nicht gegen die bereits bestehenden Gremien tut, zum Beispiel die Arbeitsgruppe Sicherheit der Kantone oder die kantonale Experten-Gruppe Sicherheit, die mit hoch dotierten Fachleuten bestückt ist; ebenso, dass eine Kooperation mit der NAGRA und mit der ENSI in konstruktiver Weise vonstattengeht.

Eine sorgfältig geplante Realisation des Tiefenlagers muss das Ziel von uns allen sein, und zwar noch bevor wir uns mit dem Bau von neuen AKW auseinandersetzen. Wilma Willi hat sich vielleicht versprochen, aber sie hat es interessant ausgedrückt. Sie hat gesagt: «Die Chancen sind intakt, dass das Tiefenlager im Kanton Zürich zu liegen kommt.» Die übliche Bedeutung von Chance sehe ich ein wenig anders, aber vielleicht ist es auch richtig, wenn wir alle das als Chance sehen können, dann wird dieser Entscheid breit abgestützt sein und wir können damit ein Problem lösen, dass wir seit vielen Jahren schon lösen sollten. Ich möchte der Baudirektion oder der Regierung beliebt machen, dass sie dieses Postulat zum Anlass nimmt und gleichzeitig überprüft, ob nicht ein Antrag in der Budgetdebatte gescheiter wäre, wenn es dann soweit ist, sodass wir regulär über den Umfang und die Stellen, die dafür nötig sind, diskutieren können. Wir unterstützen aber die Dringlichkeit dieses Postulates.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Zuerst einen herzlichen Dank an Herrn Kollege Lucek, dass er uns heute wieder einmal ermöglicht, über das Tiefenlager zu sprechen, und das zu einem sehr günstigen Zeitpunkt. In Kürze wird nämlich faktisch der Standortentscheid für ein geologisches Tiefenlager gefällt. Man muss kein Prophet sein, um zu sagen, dass dieser Standort sehr wahrscheinlich im Kanton Zürich liegt. Der Standortkanton darf sich nicht einfach allein auf die wissenschaftlichen Einschätzungen des Bundes verlassen. Er muss für den ganzen Planungs-, Bau- und Betriebsprozess eines solchen Lagers als unmittelbar betroffene Region besser aufgestellt werden. Seine wissenschaftlichen Kompetenzen in diesem Bereich müssen gestärkt werden und er muss auch in der Lage sein, die Anliegen und Forderungen der Gemeinden und der Bevölkerung gegenüber dem Bund auf Augenhöhe zu vertreten. Das ist heute noch nicht ganz der Fall. Es ist so, auch die Schweiz hat radioaktiven Abfall produziert und produziert ihn nach wie vor. Beim hochradioaktiven Teil wird dies bis zum Rückbau der letzten Kernkraftwerke der Fall sein.

Wir brauchen dafür eine sichere Lösung. Bei der entsprechenden Diskussion im Weinland ist man allerdings immer von einem Ausstieg aus der Kernenergie ausgegangen und dass ein allfälliges Lager noch in diesem Jahrhundert verschlossen werden kann. Die Region hat das unter diesen Voraussetzungen bisher relativ pragmatisch beurteilt und hätte durchaus ihren Beitrag zur Problemlösung geleistet. Mit der aktuellen Diskussion um den Neubau von Kernkraftwerken muss allerdings auch die Lagerung der Abfälle neu diskutiert werden und es braucht unbedingt einen Stopp des Sachplanverfahrens Tiefenlager, sollte der Ausstieg aus der Kernenergie infrage gestellt werden. Wir Weinländer sind auf jeden Fall nicht bereit, auf ewige Zeiten zum Abfallkübel der Nation zu werden. Saporischschja (*von Russland besetztes AKW in der Ukraine*) zeigt zudem aktuell, dass solche Anlagen zwar wohl technisch sicher gebaut werden können, im Kriegsfall aber ein unkontrollierbares Risiko darstellen. Auch das wollen wir im Norden des Kantons nicht. Nur schon deshalb ist der Ruf nach neuen Kernkraftwerken dumm, abgesehen davon, dass diese frühestens in 20 Jahren Strom liefern und die Abhängigkeit von russischem Uran zementieren. Die Mitte stimmt dem Postulat zu. Besten Dank.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen): Ich wohne in Andelfingen und würde somit weniger als fünf Kilometer vom Tiefenlager entfernt wohnen und leben, wenn dieser Standort in zwei Wochen bekanntgegeben wird. Ich weiss ehrlich gesagt nicht, an wen ich mich in zwei Wochen mit all meinen Fragen, die sich hier auftun, wenden könnte. Radioaktiver Abfall hat kein Parteibüchlein, sondern betrifft uns alle gleichermassen, ob wir das wahrhaben wollen oder nicht. Dass bei uns im Kanton Zürich der Abfall der ganzen Schweiz vergraben wird, ist mehr als wahrscheinlich, und darum ist es an uns, dafür zu sorgen, dass dieser Prozess so kritisch, unabhängig und sorgfältig überwacht und begleitet wird, wie nur irgendwie möglich. Es ist richtig, dass wir in der Schweiz unseren eigenen, in der Schweiz produzierten Abfall selbst entsorgen und nicht mehr exportieren. Wenn das Tiefenlager nach Benken kommt, dann ist das unschön, aber dennoch im Kern richtig. Dann ist es aber auch mehr als richtig, dass für dieses Unternehmen die nötigen Expertinnen und Fachkräfte zur Verfügung stehen. Es braucht Anlaufstellen für die betroffene Bevölkerung, weil ihre Lebensqualität für viele, viele Jahre lang beeinträchtigt sein wird. Das ist eine riesige Baustelle, die da während Jahren entsteht. Und der Abfall, der dort entsorgt wird, wird vielen Generationen wohl oder übel erhalten bleiben. Es braucht dringend ge-

nügend Ressourcen. Es ist darum zwingend nötig, dass die beiden kantonalen Arbeitsgruppen personell aufgestockt und durch unabhängige Aussenperspektiven ergänzt werden.

Ich komme noch einmal auf das Beispiel des Tiefengrundwassers zurück. Der Sachplan des Bundes schreibt klar vor, dass Nutzungskonflikte im Untergrund geklärt werden müssen. Tiefengrundwässer sind die letzten unbelasteten Wasserreserven. Sie liegen unter dem Opalinuston und gehören dem Kanton. Dass diese Tiefenwasserreserven enorm wichtig sind, dürfte nach diesem Sommer unbestritten sein. Wo und wie viel Grundwasser unter den jeweiligen potenziellen Tiefenlagern vorhanden ist, ist bis heute ungeklärt. Nicht nur dann kann der Atommüll für das Tiefengrundwasser gefährlich sein, sondern es können auch umgekehrt daraus Gefahren für das Tiefenlager entstehen. Diese und noch weitere Wissenslücken müssen geschlossen werden und dafür braucht es die nötigen Fachleute. Es braucht eine unabhängige Zweitmeinung. Warum unabhängig? Sehr geehrte Damen und Herren, wie viele Atomphysikerinnen und -physiker kennen Sie? Und wie viele davon arbeiten nicht für die NAGRA oder sind sonst irgendwie mit der Atomwirtschaft verbunden? Es gibt schlichtweg nicht so viele Fachleute in der Schweiz. Es ist aber wichtig, dass die komplexen und umfangreichen Berichte der NAGRA von weiteren unabhängigen und gegebenenfalls auch internationalen Expertinnen und Experten begutachtet werden können. Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, damit die Sicherheit der Bevölkerung im Kanton Zürich und darüber hinaus gewährleistet wird. Das geologische Tiefenlager ist ein Grossprojekt mit einer fast unvorstellbaren räumlichen wie zeitlichen Dimension, und wir haben ehrlich gesagt keine wirklichen Erfahrungswerte. Der «Güsel», der da begraben wird, ist zu gefährlich, als dass hier Fehler passieren dürfen. Weil es in unser aller Interesse ist, dass hier rein gar nichts schiefgeht, fällt niemandem ein Stein aus der Krone, für eine breite kritische wissenschaftliche Begleitung einzustehen. Wir alle können nur davon profitieren. Darum bitte ich Sie, nichts unversucht zu lassen und dieses dringliche Postulat zu überweisen. Das dringliche Postulat kommt nicht zu Unzeiten, es kommt rechtzeitig.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Die Alternative Liste hat dieses dringliche Postulat nicht mitunterzeichnet, wird aber die Dringlichkeit sehr wohl unterstützen. Ja, warum haben wir es nicht mitunterzeichnet? Vielleicht merken Sie es ein wenig, es liegt hier ein wenig in der Luft, nämlich die Ungewissheit. Man weiss ja, in zwei Wochen, in kurzer Zeit wird der Entscheid daliegen, aber man weiss noch nicht, wo, also

man weiss noch nicht richtig, was los ist. Das Postulat ist eigentlich zwei Wochen zu früh. Gleichzeitig will es der Regierungsrat auch entgegennehmen und der Regierungsrat weiss auch durchaus, warum. Denn zum Zeitpunkt, wo das behandelt wird, ist auch der Entscheid klar. Und entweder kann dann der Regierungsrat einfach sagen «ja, okay, gut, es ist ausserhalb des Kantons», doch selbst dann hat es ihn zu interessieren, denn auch der andere Standort ist jetzt nicht allzu weit von uns entfernt. Und auch vom Inhalt her hat es durchaus seine Berechtigung. Wovon sprechen wir beim Tiefenendlager? Wir haben zuvor den Begriff «Generationenprojekt» gehört. Ich habe zuvor ein bisschen gegoogelt: Gibt es eine Steigerungsform zum Generationenprojekt? Wie kann man das noch bezeichnen? Denn ich meine, ehrlicherweise muss man sagen: Für die Dauer, für die wir hier vorausplanen, für das, was wir hier machen müssen, gibt es nicht mal einen Begriff, darüber muss man sich einfach klar sein. Wir haben hier keine Erfahrungswerte. Genau deswegen ist der Inhalt des Postulats durchaus wichtig, nämlich, dass man die bestmögliche wissenschaftliche Begleitung – zumindest so, wie wir es zurzeit überhaupt machen können – suchen, dass der Kanton auch hier aktiv wird. Und bei dieser wissenschaftlichen Begleitung kann man auch klar sagen, dass sie ein Gegengewicht zur NAGRA bilden soll. Die NAGRA arbeitet soweit auch gut, das kann man festhalten, aber der Kanton braucht hier eine eigene Position. Und wie auch schon richtig angemerkt wurde, ist es schon so, dass die Experten – zumindest die Experten, die wirklich Bescheid wissen – da auch schon eingebunden sind. Das wurde beispielsweise von Herrn Lucek gesagt, der sich wahrscheinlich gar nicht sicher war, ob überhaupt hier Einspruch erheben soll – zumindest hat er eine Zeitlang gebraucht, bis er hier vorne war – und hat dann gleichzeitig seine Kritik zu internationalen Expertenwirkung vorgebracht, dass er demgegenüber kritisch wäre. Aber da muss man einfach klar sagen: Also bei so einem Projekt hier die Landesgrenzen zu berücksichtigen und zu finden «bei diesem grossen Projekt wollen wir nur Schweizer Experten, von jenseits der Grenze wollen wir keine Leute haben», also nein.

Wie auch immer, der Regierungsrat will es entgegennehmen, wir unterstützen ihn dabei. Das Thema ist klar dringlich. Zwei Wochen zu früh, darüber kann man hier hinweg schauen. Wir haben vorher schon ein Musterbeispiel von einer Nichtdringlichkeit dringlich erklärt (*KR-Nr. 240/2022*), also ist dieses Postulat alleweil dringlich. Besten Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Um es kurz richtigzustellen: Wir reden hier nicht mehr über die Dringlichkeit, Manuel Sahli, Sie haben

die Dringlichkeit bereits mitunterzeichnet, als das Postulat eingereicht worden ist. Heute reden wir über die Annahme im Rat.

Wir müssen Verantwortung übernehmen für Müll, den wir nie wollten, vor allem für Müll, den wir Grüne seit über 30 Jahren nicht wollen. Doch im Kernenergiegesetz von 2003, Artikel 30, heisst es: «Die in der Schweiz anfallenden radioaktiven Abfälle müssen grundsätzlich im Inland entsorgt werden.» Das veranlasst uns, Verantwortung für diesen Müll zu übernehmen und nach einem Standort oder einer Lösung für die Entsorgung im Inland zu suchen. Wir haben aber nicht nur Verantwortung für den Müll, wir haben auch Verantwortung für die Sicherheit. Wir sind nämlich betreffend atomare Tiefenlager auf einer Reise ins Ungewisse, denn es gibt weltweit – und ich betone weltweit – noch kein einziges Tiefenlager für hochradioaktive Abfälle, das in Betrieb ist. Alle reden davon, es gibt in vielen Ländern Projekte, an denen gearbeitet wird, doch noch nie hat sich ein Lager als sicher genug erwiesen, sodass man es in Betrieb genommen hätte; und dies, obwohl es jetzt seit über 60 Jahren Atomstromerzeugung aus Atomkraft gibt. Also, wir dürfen uns nichts vormachen: Auch wenn die NAGRA nach einer Möglichkeit zur Einlagerung von hochradioaktiven Abfällen forscht, heisst das nicht mit Gewissheit, dass es eine Lösung geben wird. Deshalb müssen wir, unabhängig von der Planung des Tiefenlagers und der Erforschung des Tiefenlagers unsere AKW abstellen und endlich damit aufhören, jedes Jahr 60 Tonnen hochradioaktiven Müll zu produzieren, von dem heute immer noch niemand weiss, wohin er kommen wird. Und sagen Sie mir jetzt nicht, wir bräuchten die AKW zur Überwindung der Strommangellage. Die AKW in Frankreich sind ein wesentlicher Faktor dafür, dass wir in diese Strommangellage kommen. 50 Prozent von ihnen laufen nämlich aus Sicherheitsgründen gerade nicht.

Der Kanton Zürich, als möglicher Standortkanton, muss ein grosses Interesse daran haben, dass wir die wissenschaftlichen Grundlagen, welche die NAGRA und das ENSI zur Verfügung stellen, verstehen, dass wir sie genügend aufarbeiten. Die Baudirektion und der Kanton müssen sich vor die Bevölkerung stellen können gegenüber der NAGRA und dem ENSI und die Bevölkerung vor Fehlplanungen, Fehleinschätzungen und allem anderen, was in einer derart ungewissen Lage möglich ist, schützen können. Deshalb wollen wir genügend Fachwissen in den Reihen des Kantons. Wir wollen genügend Fachwissen beim AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*). Deshalb wollen wir, dass internationale, unabhängige Experten, welche eben nicht im gleichen wissenschaftlichen Trott wie die Leute, die bei der NAGRA und beim

ENSI sind, arbeiten. Wir wollen unabhängige Experten, die genau diese schwierigen und unwägbareren Fragen, welche ein Tiefenlager stellt, unabhängig beurteilen können. Und wir wollen genügend Ressourcen beim Kanton, damit wir, als möglicher Standortkanton, sicher sein können, dass wir die sicherste Lösung bekommen, welche unsere Bevölkerung und unsere Umwelt im Kanton Zürich nicht tangiert. Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen im Sinne der Sicherheit unserer Bevölkerung.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Zuerst ein Kompliment: Ich kenne niemanden, der in der Lage ist, persönliche Betroffenheit so wundervoll im Bild rüber zu bringen vermag wie die Postulantin. Das ist genial. Aber das Problem ist ein anderes: Was soll das Ganze im jetzigen Zeitpunkt? Ich schliesse mich hier auch dem Votum von Herrn Gantner an. Es hat sich gezeigt in einigen Voten, dass es letztlich gar nicht darum geht, etwas genauer zu prüfen, sondern letztlich ist das Ziel die Verhinderung. Und die Verhinderung, da haben jetzt auch einige Leute im Weinland demonstriert, das ist ihr Recht, das sollen Sie dürfen. Aber mit einer Demonstration und mit einer Ansammlung von noch mehr internationalen Wissenschaftlern zum jetzigen Zeitpunkt ist meines Erachtens überhaupt nichts gewonnen. Man muss erst mal wissen, was für Unterlagen kommen, was vorliegt. Und ob Sie dann die gesamte internationale Atomenergieagentur vom Kanton Zürich aus bezahlen wollen, um auch noch darüber zu gehen, ist eine andere Frage. Natürlich gibt es Fragen: Tiefenlager, wieso gibt es auf der ganzen Welt offenbar keines, das in Betrieb ist? Wo ist das Problem? Wo gehen alle mit ihren Abfällen denn jetzt hin? Die werden ja kaum aufgegessen. Also irgendwie macht aber eine zusätzliche wissenschaftliche Aufarbeitung im jetzigen Zeitpunkt durch möglichst viele ausländische Wissenschaftler – es darf natürlich kein Schweizer sein – aus meiner Sicht keinen Sinn. Ich bin gegen die Überweisung dieses Postulates.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): «Die Reise zum sichersten Ort der Erde» ist ein Film aus dem Jahre 2013. Regisseur Edgar Hagen dokumentiert das Dilemma der Atommüllendlager-Suche in ihrer ganzen Tragweite. Er besucht alle nennenswerten Atommüllendlager-Projekte und lässt die Experten dazu referieren. Seine Reise führt ihn von den gescheiterten Versuchen in den USA, in Deutschland und anderen Ländern bis in die Wüste Gobi. Seit Jahrzehnten wird in vielen Ländern weltweit danach gesucht, wissenschaftlich geforscht, und immer wieder werden mögliche Standorte verworfen.

Kaum ein Land hat mit der Lagerung begonnen. Die angestrebten Konzepte sind völlig unterschiedlich. Das heisst, es gibt auf dem ganzen Globus noch keine Erfahrung zur Lagerung von nuklearen Abfällen. Seit Beginn der Nutzung der Atomenergie im Jahre 1956 hinterlassen wir mit der Produktion von Strom in AKW den gefährlichsten Abfall überhaupt. 350'000 Tonnen sind es inzwischen weltweit und jährlich kommen 10'000 Tonnen dazu. Der Müll wird rund um die Welt provisorisch gelagert in Kühlbecken, auf Atomkraftwerksgeländen und in Zwischenlagern.

Im September wird uns die NAGRA bekannt geben, welches der sicherste Ort der Schweiz für unseren Atommüll sein soll. Das ENSI wird dies prüfen und den Bundesrat in seiner Entscheidung beraten. In der Schweiz sind unsere Atomspezialisten, eine kleine Gruppe von Experten, alle sehr stark miteinander verflochten und gut bekannt. So kommt es immer wieder vor, dass Mitarbeiter vom ENSI zur NAGRA wechseln und umgekehrt. Zwei von drei potenziellen Standorten liegen im Kanton Zürich. Das heisst, unsere Regierung hat eine sehr grosse Verantwortung zum Schutz unserer Bevölkerung in dieser Frage zu tragen. Wir wollen, dass der Kanton die Ergebnisse der NAGRA mit unabhängigen internationalen Experten prüft, und dazu braucht die Baudirektion rasch Ressourcen.

Wenn im atomaren Tiefenlager etwas schiefgeht, dann haben wir, unsere Nach-Nach-Nachfahren ein sehr grosses Problem. Bei der Sondermülldeponie Kölliken, welche übrigens nur sieben Jahre betrieben wurde, kostete die Sanierung die Steuerzahler – und immer wieder die Steuerzahler – knapp 900 Millionen Franken. Ein Bericht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in Deutschland schätzt die Kosten der Sanierung des – wohlgemerkt – Testlagers Asse auf 5 Milliarden Euro. Meine Damen und Herren, darin wurden grademal 200 Tonnen nuklearer Abfall aufgenommen. Die Kosten wurden natürlich auch wieder auf die Steuerzahler abgewälzt. Aus unseren AKW in der Schweiz soll ein Berg von 4600 Tonnen atomarer Abfall entstehen, also mehr als 23-mal mehr. Sie wissen, dass sich die Ausgaben des Bundes pro Jahr auf 88 Milliarden Franken belaufen. Wir können froh sein, wenn ein solches Budget für die Sanierung eines Tiefenlagers dereinst ausreichen wird; dies neben all dem unvorstellbaren Leid, welches durch die ausgetretene Strahlung erfolgen sollte, eine riesige Bürde für die nächsten Generationen. Ob der sicherste Ort der Schweiz sicher genug ist, wollen wir genau wissen und bei den neuen Erkenntnissen auch jederzeit einen Stopp einlegen dürfen. Bitte nehmen Sie dieses Postulat an.

Christian Lucek (SVP, Dänikon) spricht zum zweiten Mal: Es nicht geplant, dass ich noch einmal spreche, aber ich stelle einfach fest, dass die Diskussion jetzt wirklich in eine Kernkraft-Bashing-Diskussion umgewandelt wird, und das bedarf einer Replik. Vielleicht noch zum Vorwurf von Manuel Sahli, dass ich nicht mal gewusst hätte, ob ich mich da jetzt melden soll oder nicht: Das ist auf einen Irrtum bei der Meldung (*gemeint ist die Meldung, dass das Wort gewünscht wird*) – nicht von mir – zurückzuführen, vielleicht werde ich da von der Ratspräsidentin noch rehabilitiert.

Zu diesem pauschalen Nuklear-Bashing: Es ist einfach festzustellen, dass jetzt in der aktuellen Lage Ihre grünen Kollegen im restlichen Europa die Nuklearenergie wieder als grüne Energie akzeptieren. Es sind dieselben Regierungsvertreter in unseren Nachbarländern, die Kohlekraftwerke wieder ans Netz stellen. Also wir müssen diese Diskussion öffnen, da bin ich mit Ihnen einig, und die Kernkraft stellt genau eine dieser Energieformen dar, die halt ohne CO₂-Emissionen funktionieren kann. Aber was mich am meisten erschüttert, was ich jetzt von den grünen Vertretern gehört habe, dass sie die Tiefenlager generell infrage stellen. Und da muss ich einfach sagen: Es geht hier wirklich um die Sicherheit, und das ist nicht verhandelbar. Wir haben diese Abfälle. Wir müssen verantwortungsvoll damit umgehen. Aber wenn Sie jetzt ein Schreckgespenst malen, muss ich einfach sagen: Die hochaktiven Abfälle umfassen ein Volumen von circa acht Einfamilienhäusern und es geht nun wirklich darum, sie sicher zu versorgen. Denn von den schwach aktiven Abfällen besteht die Hälfte aus dem Rückbau der Kernkraftwerke, was Sie ja vorantreiben wollen, und die andere Hälfte aus der Medizinaltechnik und aus der Forschung. Es gibt nicht nur die Nuklearenergie, die solche Abfälle generiert. Wenn wir bei der Entsorgung sind: Es gibt auch andere offene Entsorgungsfragen. Niemand hat mir beantworten können, wie man dereinst die Solarpanels fachgerecht entsorgt, wie man die Windräder – da kann ich Ihnen Beispiele zeigen aus den USA, wo hektarenweise Glaskohlenstofffaserblätter von Windrädern einfach verscharrt werden. Wir haben viele offene Entsorgungsfragen. Und wenn wir bei der Nukleartechnologie sind: Wir setzen uns einfach gegen das Technologie-Verbot ein. Denn die allerbeste Lösung gegen Nuklearabfälle ist, dass man sie nicht entstehen lässt. Und zur Forschung: Sie werden mir jetzt alle sagen, Fusionsreaktoren, das sei einfach eine Fantasie. Aber wenn Sie 50 Jahre zurückblenden, wenn Sie auf verschiedene Technologien schauen mit dem Fokus 50 Jahre zurück, dann ist das einfach ein Forschungszweig, der weiter betrieben

werden muss. Und wenn es uns gelingt, die Abfälle gar nicht entstehen zu lassen, diese also auch rückholbar sind, wenn wir sie in ein Tiefenlager bringen, um sie dann auch in einem Fusionsreaktor ohne weitere Abfälle verbrennen zu können. Das muss möglich sein, da muss man forschen können. Und deshalb sind wir gegen das Technologie-Verbot. Ich danke Ihnen.

Martin Farner-Brandenberger (FDP, Stammheim): Es ist Wahlzeit. Dieser Vorstoss ist überholt. Es wurde sehr viel gute Arbeit geleistet in den vergangenen Jahren. In den Regionalkonferenzen, in den Planungsgruppen, in den regionalen Behörden, in den Gemeinderäten wurde Top-Arbeit geleistet. Aus diesem Grund finde ich diesen Vorstoss zurzeit absolut unnötig. Ich denke, wichtig ist es, wenn der Entscheid gefällt ist – und da ist wirklich dann der Regierungsrat gefordert –, die Regionen zu unterstützen, die Gemeinden zu unterstützen, die Behörden zu unterstützen, die Bevölkerung auch dementsprechend abzuholen. Aber was wir heute machen, ist ein Schwarzpeterspiel, das auf die Dauer niemandem etwas hilft. Ich denke, der Dank gehört an dieser Stelle wirklich den Behörden, der Regionalkonferenz und auch der Regierung für die gemachte Arbeit in den letzten Wochen. Sie werden gefordert sein in den nächsten Wochen. Ich will auch kein Tiefenlager bei mir, und was jetzt vorhin diskutiert worden ist. Es gibt gute Beispiele, wie Behörden bei Tiefenlagern zusammenarbeiten; ich denke da an Schweden und Finnland. Und auch in Frankreich durfte ich mich schon mit Behörden austauschen und zusammensetzen, und das wird weiterentwickelt. Wir sprechen nicht mehr von einem Endlager, wir sprechen von einem Tiefenlager. Und persönlich hoffe ich natürlich auch, dass die Technik und auch die Entwicklung in diesem Gebiet in den nächsten Jahren noch viel weitergehen wird. Und ob es am Schluss dann überhaupt ein Tiefenlager braucht, dazu stelle ich auch noch Fragen. Danke.

Wilma Willi (Grüne, Stadel) spricht zum zweiten Mal: Nur noch kurz: Letzte Woche hatten wir die Debatte zu Raumplanung und Deponien und ich habe genau zugehört: Es wurde immer gesagt, es gehe um die Gesamtverantwortung. Wir haben auch vorhin gehört: «Ja, ich wohne nicht dort, wo ein Tiefenlager kommt.» Es gibt aber Leute, die dort wohnen. Ganze Regionen werden betroffen sein. Und darum hat mich jetzt ein Votum auch gefreut, in dem es hiess: Sicherheit ist nicht verhandelbar, es geht hier um nichts mehr oder nichts weniger, wir sind uns einig. Die lange Begleitung möchte ich noch kurz präzisieren: Wir hatten die letzte Abstimmung zum Wellenberg (*geplantes Endlager im*

Kanton Nidwalden) im Jahr 2002. Es wurde abgelehnt, dieses Projekt, und nachher hiess es: Ja zum Glück, es war ja gar nicht so sicher. Jetzt haben wir genau 20 Jahre später eine Lösung mit Opalinuston. Ich glaube sehr wohl, dass das eine gute Sache sein könnte. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass in Finnland auf einer Insel ein Tiefenlager entstehen soll oder am Entstehen ist. Die Vorbereitungsarbeiten gehen 50 Jahre zurück und man sagt, dass nicht mal in fünf Jahren die Tiefenlagerung soweit sein wird; von wegen diesen Zeithorizonten.

Ja, die Frage war berechtigt. Es hiess: Wohin in aller Welt gehen die Leute mit diesen Abfällen? Ja, das ist eben genau die gute Frage. Wir haben nicht wirklich befriedigende Lösungen bis jetzt. Wir sind aber bereit, Verantwortung zu übernehmen. Und wir alle sollten uns doch einfach konsequent für einen transparenten, sicheren und nachvollziehbaren Prozess einsetzen. Vor allem möchte ich auch den Regierungsrat des Kantons Zürich dazu ermutigen, die Prozessbegleitung sichtbar zu gestalten. Nur Wissen und Transparenz schaffen Vertrauen, Akzeptanz und Sicherheit. Und um mit diesem Lager zu leben, brauchen wir alle im Kanton vor allem Sicherheit. Danke für die Unterstützung und die Überweisung.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Es ist Wahlkampf. Zurück zur «Chnebelschissi»! So kommen mir die Sprecher von Rotgrün vor. Entschuldigung, wenn Sie Abfall produzieren, dann schauen Sie auch, dass dieser entsprechend entsorgt wird, aber nicht im Jahre X, wo man eine Lösung hat, und die NAGRA wird mit der Lösung kommen. Und für das müssen wir geradestehen und wir stehen hoffentlich dort gerade, wo es Sinn macht, dass man das vergräbt, und nicht irgendwo in Frankreich, wenn man dann schon von Sicherheit spricht. Aber liebe Grüne und lieber Herr Regierungsrat Neukom, der jetzt ja auch schon seit einiger Zeit wieder Wahlkampf macht. Letzte Woche hat er eine Fraktionserklärung der Linken unterstützt zum Klima. Die Bürgerlichen haben nichts gesagt, die schlafen wahrscheinlich noch. Also ich bin im Wahlkampf. Ich sage Ihnen, ich habe es gesehen. Und ich muss sagen: Jetzt will er dieses Postulat entgegennehmen, das kann es ja nicht sein. Hört mal auf mit Wahlkampf, Herr Neukom, und machen Sie das, was Sie unterstützen müssen, und zwar nicht wieder mit mehr Mitarbeitern. Lassen Sie die NAGRA arbeiten.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Ich muss nochmals Bezug darauf nehmen, dass uns von der rechten Ratsseite einfach komplett das Wort im Mund umgedreht wird. Ich sage es noch mal ganz klar und

deutlich, was Thomas Furrer vorhin schon gesagt hat: Wir wollten diesen Abfall nicht, aber wir müssen Verantwortung dafür übernehmen. Das ist nun mal so, der Abfall ist da. Das Gesetz verpflichtet uns dazu und auch unsere Ethik verpflichtet uns dazu. Was wir aber wollen, ist, dass dieser Prozess eben sicher passiert, dass er eng begleitet wird und dass es durchaus auch Abbruchkriterien gibt. Es wurden jetzt Vorabklärungen getroffen. Wenn wir in rund zwei Wochen hören, wo das Lager hinkommen soll, dann ist das ein Vorentscheid. Es wurde auch darauf hingewiesen, es ist ein langer Prozess. Und wir müssen auch damit rechnen, dass dieser Standort dann vielleicht doch nicht geeignet ist. Und das heisst eben Verantwortung übernehmen, das heisst für Sicherheit einstehen. Wir schulden diese Sicherheit den Menschen, die jetzt dort leben, und auch zukünftigen 30'000 Generationen.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Es gibt einen Management-Grundsatz, dass Themen, die wichtig sind, grundsätzlich nie dringlich sein sollten. Also ein guter Manager sorgt dafür, dass strategisch wichtige Themen nie dringlich werden. Es wurde gesagt, dass der Vorstoss zwei Wochen zu früh kommt. Man kann auch sagen: Er kommt zu spät. Fakt ist, der Entscheid des Bundes ist bereits sehr lange angekündigt für dieses Jahr und für diesen September. Und Linksrün entlarvt sich insofern selber, als sie jetzt zu diesem Zeitpunkt mit einer solchen Feuerwehrübung kommt. Wenn das Thema für Sie tatsächlich wichtig wäre, wäre ein solcher Vorschlag nicht jetzt gekommen oder nicht so kurzfristig, sondern bereits vor längerer Zeit. Und damit entlarven Sie sich, dass es – ich weiss es auch nicht – möglicherweise darum geht, Ihrem Baudirektor einfach ein paar zusätzliche Budgetpositionen zu ermöglichen. Aber ich stelle hier doch die berechnigte Frage: Weshalb, wenn Ihnen das Thema dermassen am Herzen liegt, weshalb jetzt? Wir haben es gehört, es sind Wahlen. Sie haben sich damit selber entlarvt und teilweise auch in einzelnen Voten mit völliger Sachunkenntnis, wenn man von Finnland spricht und da Vergleiche hervorzieht. Von wegen 50 Jahren: Finnland liegt auf eine Granitplatte, das ist von der Geologie her eine völlig andere Ausgangslage, als wir sie haben. Dann stört mich auch, dass jetzt dann der Fokus auf die Standortgemeinden gerichtet wird. Es braucht in diesem Thema Analysen, es braucht Konzepte, es braucht Überlegungen. Diese sind grossräumig anzustellen, nicht nur im Kanton Zürich, sondern in der ganzen Region und in allen Regionen, welche auch auf der Transportroute liegen werden. Also insofern entlarven Sie sich. Sie führen kurzfristig Wahlkampf. Sie führen lokalen

Wahlkampf im Kanton Zürich und es geht Ihnen nicht um die Sache. Besten Dank für die Kenntnisaufnahme.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Die linken und grünen Wissenschaftsgläubigen stellen auf einmal die Wissenschaft infrage. Ihr seid doch einfach nicht ehrlich. Forschung geht dahin, dass man etwas findet, was es noch nicht gibt. Ob ausländische Experten unabhängiger sind oder nicht, das ist wirklich sehr fraglich, also das ist an den Haaren herbeigezogen. Und ja, auch bei einem Tiefenlager, aber wie immer: Not in my backyard. Sollte es nämlich nicht im Kanton Zürich sein, dann würdet ihr schweigen. Christian Lucek hat klargemacht, dass viel radioaktiver Abfall auch von Spitälern, Zahnärzten und noch mehr herkommen. Das blendet ihr aus, es ist wirklich ein Bashing der Kernkraft. Früher hatten wir Abfalldeponien – und nicht wenige – und heute machen wir Wärme daraus. Gute Sache, nicht wahr? Dieses Postulat ist schlicht obsolet, denn ich hätte sogar noch einen weiteren Vorschlag, was man damit machen kann: Verbuddelt den Abfall nicht so weit. Er könnte nämlich noch gebraucht werden. Danke.

Regierungsrat Martin Neukom: Ich äussere mich an dieser Stelle nun nicht zur Kernkraftfrage, denn für das Tiefenlager spielt sie im Moment keine grosse, entscheidende Rolle. Ob man jetzt die Kernkraft befürwortet oder nicht, dieser Abfall ist da und es muss eine Lösung gefunden werden. Nun, diesen Herbst, das wurde schon gesagt, wird es konkret. Die NAGRA wird den Standort ankündigen, an dem sie dieses Rahmenbewilligungsgesuch einreichen wird. Das ist schon nicht zu verwechseln mit der Standortwahl, denn diese Entscheidung kommt erst viel, viel später und wird letztendlich vom Bundesrat dann getroffen. Das heisst auch: Falls noch neue Aspekte auftauchen, von denen wir heute noch nichts wissen, dann wird eine Neubeurteilung erforderlich sein. Das ist jetzt nur mal da, wo die NAGRA beabsichtigt, ein Lager zu bauen.

Der Kanton Zürich begleitet den Sachplan schon, seit es den Sachplan gibt, seit 2008. Er begleitet diesen ganzen Prozess schon lange auch kritisch. Nun, die NAGRA ist die Institution, welche die Daten erhebt, welche die Bohrungen macht, welche all die Daten auswertet. Das ENSI ist nachher dazu da, das Rahmenbewilligungsgesuch nach dessen Einreichung 2024 zu überprüfen. Im Gespräch stelle ich jetzt immer wieder fest, wenn ich mit Leuten in der Bevölkerung spreche, dass die Leute sagen: Ja, wir haben nur diese Daten von der NAGRA. Können wir dieser NAGRA vertrauen? Oder müssen wir einfach alles glauben,

was die NAGRA sagt? Und es stimmt natürlich, die NAGRA produziert hunderte Berichte mit tausenden Seiten. Ein einzelner Bürger hat nicht die Möglichkeit, sich da einzulesen, als Laie kann man das nicht überprüfen. Aber genau hier kommen die Kantone ins Spiel, wenn sie eine unabhängige Beurteilung wollen. Denn die Kantone, die Standortkantone, bilden zusammen den Ausschuss der Kantone. Das sind die Kantone Thurgau, Schaffhausen, Aargau und Zürich. Ich präsidiere diesen Ausschuss der Kantone, das ist der ADK. Und der ADK hat zahlreiche weitere Gremien, die ihn, also die Kantone, unterstützen. Eines dieser Gremien wurde bereits erwähnt, wir nennen es «AG SiKa/KES» – man muss sich ein bisschen an diese Abkürzungen gewöhnen –, das ist die Arbeitsgruppe Sicherheit Kantone und die kantonale Expertengruppe Sicherheit. Das sind Fachleute in den Bereichen Geologie, Seismik, Bohrtechnik, Risikoanalyse, und sie sind bereits international zusammengesetzt. Diese Fachleute sind unabhängig von der NAGRA oder vom ENSI und sie machen Beurteilungen für uns, damit wir uns als Kantone eine unabhängige Meinung bilden können. Ich hatte vor den Sommerferien einen längeren Austausch mit dieser Fachgruppe und sie hat mir ihre Sicht auf diesen Prozess dargelegt und ihre Sicht auf die Interpretation der Daten, die wir zurzeit, bis jetzt haben. Und ich habe sie auch gefragt, was ihre Einschätzung zur NAGRA ist und sie hat mir immerhin so viel gesagt: Sie schätzen es, es findet eine Diskussion statt. Die NAGRA hört zu, die Kantone können sich einbringen und werden gehört, das ist doch schon mal sehr gut. Wir haben auch einen kritischen Austausch mit der NAGRA, und ich glaube, das ist auch sehr, sehr gut. Es gibt teilweise einen Fachstreit und auch das ist gut. Denn es braucht diese kritische Auseinandersetzung, denn das ist letztendlich Wissenschaftlichkeit. Kritik, solange sie konstruktiv ist, kann helfen, das Projekt zu verbessern, und da sehen wir auch eine Rolle der Kantone. Nun, was auch immer die NAGRA uns vorlegen wird diesen Herbst, als Kantone werden wir das unabhängig prüfen lassen durch unsere eigenen Fachexperten und wir werden dieses Projekt weiterhin kritisch begleiten. Wir glauben, das ist unsere Aufgabe.

Das Postulat will nun, dass diese kantonale Expertengruppe Sicherheit noch etwas internationaler aufgestellt wird. Das prüfen wir gerne, ob es dazu Handlungsspielraum braucht. Nun, falls der Kanton Zürich als Standort gewählt wird – also einer der Standorte im Kanton Zürich, so muss ich es sagen –, dann werden wir selbstverständlich die Gemeinden unterstützen, so gut es geht. Den Aufwand für diese Unterstützung können wir jetzt noch nicht letztendlich abschätzen, der wird vermutlich ein bisschen steigen, denn je nachdem werden wir da natürlich mehr

Leute brauchen. Aber ich muss Ihnen hier ganz klar sagen: Ich verstehe dieses Postulat im Konjunktiv, falls ein Standort im Kanton Zürich gewählt wird. Die Regierung hat keine spezielle Kenntnis, wo jetzt das Lager hinkommen wird, deshalb wollen wir es entgegennehmen – im Konjunktiv, falls das Lager kommt. Wenn das Lager nicht im Kanton Zürich zu liegen kommt, ist es logisch und ganz selbstverständlich, dass wir dann auch die Gemeinden nicht unterstützen müssen.

Deshalb ist auch klar, lieber Herr Gantner, warum wir das Postulat entgegennehmen. Wir sagen: Das Postulat fordert, die Gemeinden zu unterstützen, und eine fachlich unabhängige Beurteilung, da kann man ja fast gar nicht dagegen sein.

Nun, das Wichtigste in diesem Prozess – das wurde auch schon gesagt –, das Wichtigste ist die Sicherheit. Die Sicherheit dieses Lagers steht an oberster Stelle, dass zu keiner Zeit irgendwelche radioaktiven Stoffe an die Oberfläche gelangen. Dafür bringen sich die Kantone ein, sie begleiten diesen Prozess auch kritisch. Und zu den NAGRA-Experten, ich habe es auch schon gesagt, sagen mir meine Experten: Die NAGRA hört zu, sie geht auf unsere Anliegen ein. Das ist Wissenschaft.

Nun, der Regierungsrat befürwortet eine unabhängige fachliche Begleitung und hält dies für wichtig. Der Regierungsrat unterstützt selbstverständlich die Gemeinden, falls es soweit kommt, dass ein Standort im Kanton Zürich ausgewählt wird. Daher ist der Regierungsrat gerne bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 96 : 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 210/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts in- nert einem Jahr.

Das Geschäft ist erledigt.

8. Bewilligung eines Objektkredites für die Autobahnüberdeckung Katzensee Nationalstrasse A1

Antrag des Regierungsrates vom 2. Juni 2022 und gleichlautender Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 21. Juni 2022

Vorlage 4691 (*schriftliches Verfahren*)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wir haben schriftliches Verfahren beschlossen. Die Kommission für Planung und Bau beantragt Ihnen, dem

Antrag des Regierungsrates zuzustimmen und die Abrechnung des Objektkredites für die Autobahnbedeckung Katzensee, Nationalstrasse A1, zu genehmigen.

Es gingen innert Frist keine anderslautenden Anträge ein. Ich stelle somit fest, dass Sie dem Antrag zugestimmt haben.

Das Geschäft ist erledigt.

9. Zeitgemässer Modal Split

Antrag des Regierungsrates vom 24. November 2021 zum Postulat KR-Nr. 356/2018 und gleichlautender Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 26. April 2022

Vorlage 5771

Alex Gantner (FDP, Maur), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Die KEVU beantragt Ihnen einstimmig, das Postulat betreffend «Zeitgemässer Modal Split» als erledigt abzuschreiben. Es wurde an insgesamt drei Sitzungen beraten und die Erstpostulantin, Kollegin und KEVU-Mitglied Barbara Franzen, hat ihre mündliche Stellungnahme abgeben können. Der Regierungsrat wurde beauftragt, eine grundsätzliche Neudefinition des Modal Splits zu erarbeiten und die daraus resultierenden Anpassungen in den planungsrechtlichen Grundlagen vorzunehmen.

Unbestritten ist, dass der Modal Split eine wichtige Zielgrösse in der Verkehrspolitik und einen wesentlichen Kennwert in der öffentlichen Diskussion – kantonale, aber auch national – darstellt. In Anbetracht der Veränderungen in der Mobilität drängt sich die Frage auf, ob der Modal Split, nämlich die bimodulare Grundsatzenteilung in Individual- und Kollektivverkehr beziehungsweise motorisierter Individualverkehr, MIV, und öffentlicher Verkehr, in der heutigen Form noch zeitgemäss sei. Es wurde unter der Leitung des Amtes für Mobilität eine umfassende Auslegeordnung gemacht. Es liegt ein Fachbericht «Zeitgemässer Modal Split» vor, den ich Ihnen auch zur Lektüre empfehle.

Der Modal Split wird heute bereits differenziert und bedarfsgerecht angewendet. Politische Vorgaben befinden sich im kantonalen Richtplan und in den nachgelagerten Planungsinstrumenten, vor allem auch im Gesamtverkehrskonzept GVK.

Die Postulatsantwort zeigt drei Handlungsoptionen auf und macht eine Reihe von Empfehlungen. Die Sache ist und bleibt komplex, aber auch

spannend und sicher politisch. Anpassungen werden in die nächste Revision der GVK bestimmt einfließen. Die Kommission hat die differenzierte Aufbereitung des Themas im Zusammenhang mit dem vorliegenden Postulat gewürdigt, dankt allen Beteiligten und ist somit mit der Abschreibung einverstanden. Besten Dank.

Florian Meier (Grüne, Winterthur): 40 Prozent der Treibhausgas-Emissionen im Kanton Zürich entstehen durch den Verkehr. Diese müssen rasch reduziert werden, am einfachsten durch die Reduktion der Tagesstrecken und durch die Verlagerung des CO₂-intensiven Autoverkehrs auf die effizienteren Verkehrsmittel wie den ÖV, den Fussverkehr oder den Veloverkehr. Der ÖV-Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen muss bis 2030 auf 40 Prozent erhöht werden und der Anteil Veloverkehr auf 8 Prozent. Jede zweite Strecke muss zu Fuss zurückgelegt werden. So sieht es das Gesamtverkehrskonzept 2018 vor.

Die zentrale Grösse zur Kontrolle dieser Ziele ist der Modal Split. Dieser soll neu zusätzlich zum Auto und dem ÖV auch das Velo abbilden. Dazu wird ein Zählstellennetz für den Veloverkehr aufgebaut. Das ist wichtig und richtig. Nach wie vor fehlt im Modal Split aber der Fussverkehr. Im Schnitt ist jeder Zürcher täglich eine halbe Stunde zu Fuss unterwegs, genau gleich lang wie mit dem Auto. Andere Kantone, diverse Städte und Gemeinden haben die Wichtigkeit des Fussverkehrs bereits erkannt und ein Zählstellennetz für den Fussverkehr aufgebaut. Die Empfehlungen dazu, Frau Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*) hat das ASTRA (*Bundesamt für Strassen*) im letzten Januar veröffentlicht.

Erhebungen ohne die richtige Auswertung sind wertlos. Sie haben es in der Hand, Frau Volkswirtschaftsdirektorin: Ergänzen Sie den Modal Split um den Fussverkehr. Für eine gute Städteplanung wäre das enorm wichtig, genauso wichtig wie eine detailliertere und separate Auswertung von Fuss- und Veloverkehr im Mikrozensus. Der Begriff «Langsamverkehr» sollte seit dem E-Bike-Boom endgültig passé sein. Wir schreiben das Postulat ab.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Die Mobilitätsnachfrage wird weiter zunehmen und es stellt sich die Herausforderung, wie wir damit umgehen und die Mobilität im Kanton Zürich klimafreundlich, platzsparend und effizient organisieren. Gleichzeitig verändern sich Technologien sowie das Mobilitätsverhalten. Es ist legitim zu fragen, ob die existierenden Messgrössen noch zeitgemäss sind, um die gesetzten verkehrspolitischen Ziele zu erreichen. Insbesondere beim Modal Split

kann sich diese Frage stellen, hauptsächlich wegen der zunehmenden Bedeutung des Veloverkehrs.

Ein sehr ausführlicher Bericht der Verwaltung hat nun aufgezeigt, dass die Veränderungen in der Mobilität mit den existierenden Messgrössen ausreichend berücksichtigt und damit die gesetzten Ziele abgebildet werden. Der Modal Split sei nur eine von verschiedenen Messgrössen und Betrachtungsweisen und es bestehe kein Anpassungsbedarf. Ein Grund dafür ist, dass eine separate Betrachtung der Verkehrsmittelarten nach Antriebsarten, also zum Beispiel elektrisch und nicht elektrisch, keinen Mehrwert bringt. Dies liegt daran, dass auch bei zunehmender Elektrifizierung der Fahrzeugflotten die Rangfolge der Verkehrsmittel hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen stabil bleibt. Der ÖV ist und bleibt besser als der MIV. Bezüglich Velo schlägt die Verwaltung eine sinnvolle punktuelle Anpassung vor. Bei der nächsten Überarbeitung des Gesamtverkehrskonzepts sollen konkrete Zielwerte nicht nur, wie bis anhin, für die Anteile des ÖV, sondern auch für die Anteile des Veloverkehrs eingeführt werden. Somit bleibt bei den Messgrössen fast alles beim Alten und wir haben wieder Zeit, uns um die wirklichen Herausforderungen in der Mobilität zu kümmern. Wir sind mit der Abschreibung einverstanden.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Auch wir danken herzlich für diese ausführliche Antwort, denn es ist wirklich wichtig, den Modal Split zu verstehen, und hier haben wir das richtige Material dazu. Denn bei der Verkehrsentwicklung ist das statistische Material wirklich wichtig und darum brauchen wir diese Zahlen. Denn nur, was gezählt wird, zählt auch wirklich, und darum freuen wir uns, dass der Veloverkehr zukünftig stärker berücksichtigt werden soll. Das ist sehr wichtig, denn nur so wird er wirklich gezählt. Und so wird die energie- und platzsparende Mobilität stärker ins Bewusstsein gerückt. Das freut uns.

Wie Florian Meier schon ausgeführt hat, sind auch wir nicht glücklich, dass die Fussgänger und Fussgängerinnen weiterhin nicht berücksichtigt werden sollen. Denn eigentlich wird jeder Weg mit einem Fussweg gestartet oder geändert. Das heisst, eigentlich ist der Fussverkehr überall dabei und ist darum extrem wichtig. Ich, der ich sehr oft ganze Wege zu Fuss mache, werde damit gar nicht gezählt, und das finde ich ein bisschen gemein. Andererseits bin ich dann auch nicht in allen Daten enthalten, das ist auch schön aus Datenschutzüberlegungen. Aber auch der Fussverkehr zählt und soll darum gezählt werden. Aber das kommt dann im übernächsten Gesamtverkehrskonzept. Heute schreiben wir es mal ab. Herzlichen Dank.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Wahrlich ein anspruchsvolles Thema, auch ein komplexes Thema, der Modal Split. Der Modal Split bezeichnet den Anteil der verschiedenen Verkehrsmittel am Gesamtverkehr, wir haben es in diesem ausführlichen Bericht ja auch ausführlich dargelegt. Die einfachste Definition ist heute im Richtplan festgesetzt: Der öffentliche Verkehr soll mindestens die Hälfte des Verkehrszuwachses übernehmen, der nicht auf den Fuss- und Veloverkehr entfällt. Das ist ein sogenannter Bi-Modal Split.

Wir haben das sehr, sehr genau angeschaut und wir haben die Erkenntnis erhalten, dass wir eine grundsätzliche Änderung des Systems, eine grundsätzliche Änderung des Modal Splits im kantonalen Richtplan nicht beantragen. Aber wir empfehlen eine Präzisierung und eine Stärkung dieser Vorgaben zum Fuss- und Veloverkehr in der nächsten Revision, Sie haben es gehört, und damit natürlich die Aufnahme des Veloverkehrsanteils neu in die Zielvorgaben des Gesamtverkehrskonzepts. Auch beobachten wir selbstverständlich die Entwicklungen und Neuerungen im Bereich der Mobilität sehr eingehend. Sie haben sicher den Bericht DiNaMo (*Digitalisierung und Nachhaltigkeit der Mobilität*) gesehen, wo wir die Weichen beobachten und je nachdem auch stellen wollen. Und in diesem Sinne danke ich Ihnen, dass sie einvernehmlich dieses Postulat heute abschreiben. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 356/2018 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.

10. Multimodales Pendeln fördern

Antrag des Regierungsrates vom 26. Januar 2019 zum Postulat KR-Nr. 306/2019 und gleichlautender Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 31. Mai 2022

Vorlage 5792

Alex Gantner (FDP, Maur), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Die KEVU beantragt Ihnen auch hier einstimmig, das Postulat «Multimodales Pendeln fördern» als erledigt abzuschreiben. Es wurde ebenfalls an drei Sitzungen beraten und die

Erstpostulanten, die KEVU-Mitglieder Franziska Barmettler und Daniel Sommer, haben ihre mündliche Stellungnahme abgeben können. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, vermehrt für eine bessere Umsteigeinfrastruktur an Bahnhöfen, mit Fokus in ländlichen Regionen, zu sorgen, sprich die Konzepte «Park and Ride» und «Bike and Rail».

Der Postulatsbericht beinhaltet eine Beschreibung der Ausgangslage im Kanton Zürich, das Aktionsprogramm Multimodale Drehscheiben des Bundes und die strategischen Zielsetzungen und Handlungsgrundsätze auf kantonaler Ebene. Park-and-Ride-Anlagen sind eine wichtige Ergänzung für eine Multimodale Mobilität. Dabei sind im ländlichen Raum kleine dezentrale Anlagen für die Zielerreichung im Gesamtverkehrskonzept wichtig und werden auch entsprechend bewirtschaftet und gefördert. Bike-and-Rail-Anlagen spielen zunehmend eine wichtige Rolle, vor allem mit der anhaltenden Verbreitung von E-Bikes, die sich für längere Distanzen und Höhenunterschiede auch eignen. Die Anforderungen an Bike-and-Rail-Anlagen steigen demnach. Hier braucht es finanzielle Unterstützung bei spezifischen Projekten. Diese erfolgt im Rahmen der Agglomerationsprogramme des Bundes. Und dort, wo das nicht möglich ist, ist der Kanton Zürich bereit, finanzielle Förderbeiträge zu sprechen. Dabei spielt auch die Reaktivierung von Paragraf 5 des Personenverkehrsgesetzes (PVG) eine wichtige Rolle. Das ist dann die Zukunft und wir schreiben für heute ab. Besten Dank.

Florian Meier (Grüne, Winterthur): Viele Pendler sind nicht allein mit dem ÖV unterwegs. Von zu Hause zum Bahnhof und umgekehrt fahren sie beispielsweise mit dem Velo, in Fachsprache nennt sich das dann intermodaler Verkehr. Wie bei allen Verkehrsmitteln braucht es aber auch dafür die entsprechende Infrastruktur, also sichere und attraktive Veloabstellplätze.

Dass diese zukünftig wieder durch den Kanton mitfinanziert werden, begrüßen wir. Es war ein Fehler der bürgerlichen Sparpolitik, diese Unterstützung im Jahr 2003 zu streichen. Die Wiederaufnahme und Umsetzung, gestützt auf Paragraf 5 PVG muss deshalb möglichst rasch erarbeitet werden. Viele Veloabstellanlagen sind zu klein, nicht am richtigen Ort und verfügen über keinen genügenden Witterungsschutz oder keine Beleuchtung. Die Einrichtungen zum Fixieren der Velos sind ungeeignet oder es gibt keine geeigneten Zufahrtsmöglichkeiten. Die Liste lässt sich beliebig ergänzen.

Noch ein paar Worte zu den Agglomerationsprogrammen: Die Verfahren vom Konzept bis zur Realisierung dauern zu lange. In diesem Sinne

ist auch eine Mitfinanzierung von Anlagen zu prüfen, die im Rahmen des Agglomerationsprogramms gefördert werden. Die Verbesserungen sind bei allen Haltestellen rasch voranzutreiben, unabhängig von der Co-Finanzierung durch den Bund, für den ÖV, für das Velo und fürs Klima. Wir schreiben das Postulat ab.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Je besser die Umsteigeinfrastrukturen an Bahnhöfen ausgebaut sind, desto besser werden die zentralen strategischen Ziele des Kantons erreicht. Das ist zum einen die Verringerung der Anzahl der MIV-Kilometer (*motorisierter Individualverkehr*), zum anderen der Anspruch, dass die Zugänglichkeit zum ÖV auch für Personen, die an Orten mit ungenügender ÖV-Erschliessung leben, im Rahmen der kombinierten Mobilität gewährleistet sind. Diese Ziele sind vor allem in ländlichen Regionen, die nicht von Agglomerationsprogrammen profitieren können, von grosser Bedeutung.

Park-and-Ride-Anlagen sind eine gute Ergänzung für eine multimodale Mobilität, und vor allem als kleinere, dezentrale Anlagen im Sinne der Ziele des Gesamtverkehrskonzepts. Eine zunehmend wichtige Rolle spielen auch die Bike-and-Ride-Anlagen; dies auch vor dem Hintergrund der wachsenden Verbreitung von E-Bikes, mit denen auch längere Distanzen und Höhenunterschiede für die Fahrt zu ÖV-Haltestellen einfach bewältigt werden können. Eine Anpassung der Infrastruktur drängt sich hier auf, zum Beispiel für die sichere Verwahrmöglichkeit von E-Bikes und die Erstellung der Ladestationen. Mit rund 8300 Parkfeldern sind die Park-and-Ride-Anlagen im Kanton Zürich für die zukünftige Situation in genügender Anzahl vorhanden. Wir begrüßen es aber sehr, dass das Amt für Mobilität daran ist, bezüglich Bike-and-Ride-Anlagen ein Konzept auszuarbeiten. Wir nehmen gerne zur Kenntnis, dass Gemeinden diesbezüglich entsprechende Projekte beim Kanton einreichen können, welcher sich dann fallweise finanziell beteiligen kann und auch sollte.

Die EVP ist bereit zur Abschreibung dieses Postulates.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Während es beim vorherigen Geschäft um die jeweiligen Anteile des MIV und des ÖV ging, geht es nun um die Kombination ebendieser, konkret um das möglichst nahtlose Umsteigen vom MIV auf den ÖV oder umgekehrt, sei es mit dem Auto oder vermehrt auch mit dem E-Bike.

Sowohl das Gesamtverkehrskonzept des Kantons Zürich wie auch das Aktionsprogramm Multimodale Drehscheiben des Bundes anerkennen

die Wichtigkeit von sogenannten Verkehrsdrehscheiben. Damit soll insbesondere die Erreichbarkeit der Stadtzentren durch ein möglichst frühes Umsteigen der Pendlerinnen und Pendler auf den ÖV gewährleistet werden.

Aber wie sieht es nun aus punkto Angebot und Finanzierung im Kanton Zürich? Bei den Park-and-Ride-Anlagen genügt das Angebot gemäss einer Analyse des Kantons den Bedürfnissen. Zudem können diese meist selbsttragend erstellt werden. Es besteht hier also kein Bedarf nach einer zusätzlichen Finanzierung. Bei Bike-and-Ride-Anlagen wird sich die Nachfrage in naher Zukunft erhöhen. Sie werden durch den Bund im Rahmen der Agglomerationsprogramme gefördert. In Gebieten jedoch, in denen keine Bundesbeiträge beantragt werden können, sollen sie durch kantonale Beiträge projektbezogen gefördert werden können. Hierzu wird der Kanton als Reaktion auf dieses Postulat Kriterien für die Mitfinanzierung erarbeiten. Damit haben wir das letzte Puzzle-Teil wieder hinzugefügt, nachdem diese Beiträge 2003 gestrichen wurden.

Zum Schluss möchten wir noch bemerken, dass die Elektromobilität bei Velos und Autos eine entsprechende Anpassung der Infrastruktur, wie sichere Parkplätze für E-Bikes und Ladestationen, bedingt. Hierauf soll bei den weiteren Arbeiten ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Wir sind mit der Abschreibung einverstanden.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Hier sind wir bei der Multimodalität und das ist eine gute Sache. Denn beim multimodalen Verkehr ist im Allgemeinen der ÖV grösser als in einem reinen Autoverkehr, und das ist platz- und energiesparend und somit gut für unser Klima. Das freut uns. Es ist auch sehr schön, dass der Boom der E-Bikes wirklich ankommt und so auch von peripheren Lagen mit einem platz- und energiesparenden Verkehrsmittel zum ÖV gelangt werden kann. Es hat mich sehr gefreut, in dieser Postulatsantwort zu lesen, dass die Nachfrage gerade bei Bike-and-Ride-Anlagen oft das Angebot übersteigt. Bitte, Gemeinden, macht weiter hier, es braucht auch nicht wahnsinnig viel Platz bei euch. Es ist auch wichtig, dass die Elektrifizierung vorangeht. Denn diese Fahrzeuge stehen ja dann tagsüber in elektrifizierten Anlagen, und mittags haben wir im Allgemeinen genügend Strom oder sogar eher zu viel Strom. Also nutzen wir diese Zeiten, um zu laden, und nicht die Nacht, wenn tendenziell zu wenig Strom vorhanden ist, weil halt die Sonne effektiv nicht scheint. Aber ganz wichtig ist mir noch ein Zitat aus dieser Postulatsantwort: Es ist weiterhin so, dass primär der ÖV ausgebaut

werden soll und erst sekundär die Park-and-Ride-Anlagen. Herzlichen Dank. Wir schreiben ab.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Im Gegensatz zu meinem Vorredner, Herr Hoesch, wohne ich in einer Gemeinde, bin Gemeinderat in einer Gemeinde, die das direkt betrifft, denn die Bevölkerung wächst auch in ländlichen Regionen. Die Menschen sollen, wenn möglich, mit dem öffentlichen Verkehr pendeln. Die Bahnhöfe liegen jedoch nicht selten ausserhalb der Gehdistanz und sind nicht mit dem Tram erschlossen wie in der Stadt Zürich. Es braucht Abstellmöglichkeiten für Fahrzeuge, sei es mit vier oder mit zwei Rädern. Das Bauen und der Unterhalt solcher Anlagen, welche über das an die Kapazitätsgrenzen stossende SBB-Park-and-Ride-Angebot – zumindest bei uns ist das der Fall – gehen und insbesondere auch die Veloabstellplätze, wie das hier erwähnt wurde, wo halt auch die Ansprüche wachsen – es ist heute nicht mehr getan mit einem einfachen Ständer, die Fahrräder werden immer teurer, es sind Elektroräder et cetera und es braucht entsprechende Infrastruktur –, diese Anlagen zu erstellen, wird bisher den Gemeinden überlassen, was bei kleinen Gemeinden doch überproportional ins Budget drückt.

Es ist aber auch teilweise aus diesem Grund schwierig, weil die Pendler aus den Nachbargemeinden stammen, der Standort aber in der Bahnhofsgemeinde ist, welche selbst eigentlich einen geringen Bedarf an Stellplätzen aufweist und auch nicht unbedingt hochmotiviert ist, diese für die Nachbargemeinden zu erstellen. Daher nehmen wir das Versprechen der Volkswirtschaftsdirektion im Rahmen der Kommissionsverhandlungen der Postulatsantwort gerne auf, dass die Gemeinden künftig bei der Erstellung solcher Anlagen unterstützt werden, und danken für diese Stellungnahme. Wir schreiben das Postulat ab.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Bike-and-Rail-Anlagen machen das multimodale Pendeln tatsächlich attraktiver. Sie tragen zur Erhöhung des Modal Splits bei und damit zu einer umweltschonenden Mobilität. Es wurde gesagt, solche Bike-and-Rail-Anlagen können in die Agglomerationsprogramme des Bundes aufgenommen werden, werden damit auch mitfinanziert. Aber eben, es gibt auch ländliche Gebiete, die nicht dort aufgenommen werden können und die keine Bundesbeiträge aus den Agglomerationsprogrammen erhalten. Und genau für diese Lücke wollen wir, gestützt auf Paragraph 5 des Gesetzes über den öffentlichen Personenverkehr, entsprechende Kriterien erarbeiten und eben dann eine Mitfinanzierung ermöglichen. Ich kann Ihnen hier

sagen: Wir sind an der Arbeit. Das Amt für Mobilität und wir gehen davon aus, dass erste Beiträge per 2024 ausgerichtet werden. Das heisst, man kann sich also darauf vorbereiten, dass man dann auch bereit ist, um hier zu profitieren. Ich danke Ihnen für die Abschreibung des Postulates.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 306/2019 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.

11. Thesaurierender Fonds für Uferwege

Motion Tobias Mani (EVP, Wädenswil), Felix Hoesch (SP, Zürich), Edith Häusler (Grüne, Kilchberg), Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich), Judith Anna Stofer (AL, Zürich) vom 8. März 2021

KR-Nr. 61/2021, RRB-Nr. 573/26. Mai 2021 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen. Der Rat hat zu entscheiden.

Tobias Mani (EVP, Wädenswil): Unsere Seen und auch die anderen Gewässer im Kanton Zürich, sie sind Perlen. Sie bereiten grosse Freude. Die öffentlichen Zugänge und die Uferwege auch an den Zürcher Gewässern, sie erfreuen sich grosser Beliebtheit. Yes, ein grosser Standortvorteil. Ich glaube, das sieht nicht nur die EVP-Fraktion so, sondern das werden wahrscheinlich hier alle hier so sehen.

Nun, es gibt ein grosses Aber, denn es gibt noch viele Abschnitte, die seit vielen Jahren auf ein Projekt warten, und die Weglücken werden nicht geschlossen. Es geht nicht vorwärts. Und vor doch schon einigen Jahren gab es ja dann nach einer langen politischen Debatte und nach zwei Volksinitiativen, die zurückgezogen wurden, einen Kompromiss, dass nämlich mindestens 6 Millionen Franken pro Jahr im Budget eingestellt werden, sodass die fehlenden Abschnitte eben Abschnitt für Abschnitt realisiert werden können.

Doch leider, leider wurde dieser Kompromiss nicht gelebt, sondern eben leider mit Füßen getreten. Statt dass die Regierung mit 6 Millionen pro Jahr vorwärtsgemacht hätte, wurde in den ausgewiesenen Jahren deutlich unter 1 Million investiert. Ja, und der Rest der 6 Millionen

Franken? Das bereitgestellte Geld verfällt dann einfach Jahr für Jahr. Und das ist nicht richtig, das ist auch der Grund für diesen Vorstoss. Ich fordere daher eine Fondslösung, damit das nicht benötigte oder das extra nicht benötigte Geld weiterhin zur Verfügung steht.

Sie erinnern sich vielleicht noch an diese SKA-Sparkässeli (*heute Credit Suisse, Schweizer Grossbank*). Ja, es ist doch motivierend, wenn jedes Jahr wieder 6 Franken dazukommen. Und vielleicht, wenn Sie es dann noch auf einem Sparheftli haben, haben Sie sogar noch ein bisschen zusätzlicher Zins. Und wie demotivierend ist es doch, wenn Ende Jahr einfach wieder aufgefüllt wird auf die gleichen 6 Franken, und dann haben Sie wieder gleich viel zur Verfügung wie vor einem Jahr.

Auf die Zahlen der Regierung bezogen: Lassen wir mal sechs Nullen weg, sagen wir mal 6 statt 6 Millionen Franken. Stellen Sie sich einen Jungen vor und stellen Sie sich einen Vater vor: 2016, der Junge hat 6 Franken und verbraucht dann 18 Rappen in diesem Jahr. Er hat also Ende Jahr dann noch 5 Franken und 82 Rappen. Ja, der Papi, der gibt ihm dann wieder 18 Rappen ins Kässeli, damit er wieder etwas zur Verfügung hat für seine weiteren Projekte. Oder 2017: Er hat 6 Franken, er verbraucht 60 Rappen. Dann hat er 5 Franken 40 Rappen und es gibt wieder 60 Rappen ins Töpfchen. Ich weiss nicht, wer von Ihnen alles Vater oder Mutter ist oder Götti oder Gotte, wer von Ihnen würde so verfahren? Geben Sie an Weihnachten immer wieder einen Batzen oder füllen Sie das Kässeli einfach wieder auf den gleichen Betrag wie im Vorjahr auf? In den letzten Jahren war es genau so, und vielleicht war das der Volkswirtschaftsdirektion gerade so recht, das Schicksal der 6 Millionen bereitgestellten Franken, die zu einem überwiegenden Teil Jahr für Jahr verfielen. Und früher oder später werden Projekte kommen, bei denen dann die 6 Franken im Kässeli oder die 6 Millionen im Budget nicht ausreichen, und heute können wir uns zwischen den beiden Systemen entscheiden.

Und bitte kommen Sie heute nicht wieder mit dem Mantra, das sei eine Zwängerei. Der Vorstoss ist nur eine Antwort auf Fakten und er ist natürlich auch nur ein kleines Puzzleteil dieser ganzen Geschichte, damit es schneller und besser vorwärtsgeht. Denn ein Fonds zeigt auf, wo wir stehen. Ein Fonds hilft, dass es vorwärtsgeht. Ein Fonds macht auch einen gewissen Druck. Und ein Fonds – ich denke, das ist auch ein grosser Vorteil – führt zu Transparenz. Aber klar, ich gebe zu, wenn es bereits zügig vorwärtsginge, dann wäre dieser Fonds nicht nötig, aber leider ist das Gegenteil der Fall. Und wenn nun finanztechnische Argumente gegen einen Fonds vorgebracht werden, dann ist das einfach die übliche Geschichte: Man sucht nach Gründen und Argumenten, warum

Dinge nicht gehen, statt vorwärts zu machen. Und es ist ja logisch, wo kein Wille ist oder nur ein sehr bescheidener Wille vorhanden ist, dort gibt es keinen Weg und dort geht es auch nicht vorwärts. Und es ist logisch, wenn man den Kompromiss nicht leben will, gibt es einfach Ende Jahr wieder ein paar Rappen ins Kässeli, statt dass man das Geld weiterhin zur Verfügung stellt, für diesen Zweck bereithält.

Ich bitte Sie, mit einer Fondslösung zu helfen, damit wir diesen Kompromiss so leben können – im Sinne eines Minimaltempos. Ich bitte Sie, die Fondslösung zu unterstützen. Vielen Dank.

Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.): Ich spreche gleich zu beiden Vorlagen, «Thesaurierender Fonds für Uferwege» und «Thesaurierender Fonds für Radwege» (KR-Nr. 62/2021), da sich die Sachlage bei beiden gleich präsentiert.

Beide Motionen sind nicht zu überweisen. Die Fondsbildung blockiert finanzielle Mittel, die im laufenden Jahr nicht verwendet wurden, ohne zu prüfen, ob dies tatsächlich sachdienlich ist. Bei begründetem Bedarf ist der Regierungsrat beziehungsweise der Kantonsrat heute immer bereit, ausreichende beziehungsweise zusätzliche Mittel in das jeweilige Budget einzustellen. Der Bericht zum Postulat zur Beeinflussbarkeit des Staatshaushaltes (KR-Nr. 255/2017) hat gezeigt, dass der finanzielle Spielraum bereits heute stark eingeschränkt ist. Es gibt keinen relevanten Grund, diesen Spielraum weiter unnötig einzuschränken, was mit diesen Motionen aber genau gemacht würde. Dieser Rat war sich bei der Abschaffung des Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie der Zürcher Kantonalbank (ZKB) einig, dass die Äufnung von Mitteln in Fonds nur zu Zusatzaufwand, zusätzlichen Problemstellungen ohne wirklichen Mehrwert führt. Nicht umsonst sieht beispielsweise auch das von diesem Rat verabschiedete Gemeindegesetz vor, dass Gemeinden keine Fonds führen dürfen. Wieso hört diese Weisheit bei eigenen Belangen auf?

Verzögernde Faktoren würden auch durch die Bildung eines thesaurierenden Fonds nicht beseitigt werden können. Im Gegenteil besteht das Risiko, dass bei zusätzlichem Mittelbedarf der Bestand des thesaurierenden Fonds dann nicht ausreicht und deshalb Projekte sogar verzögert werden müssen. Verzögernde Faktoren sind umweltrechtliche Anforderungen, Grundeigentumsverhältnisse, Länge von Planungsverfahren, Mitwirkung der Gemeinden oder Verzögerung durch Rechtsmittelverfahren. Wenn man die Projekte beschleunigen will, schießt man folglich mit diesen beiden Vorlagen am Ziel vorbei und verkompliziert die

Situation nur zusätzlich. Wie man den Seezugang, inklusive Finanzierung, vorantreiben kann, zeigt vorbildlich das Projekt «Chance Uetikon», welches nicht nur einen Seeuferweg erstellt, sondern einen ganzen Seeuferpark – ohne Fondslösung und in Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden. Wir werden die Vorlage nicht überweisen.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Sehr geehrte Frau Ratspräsidentin, ich bin erstaunt, dass Sie vor der Mittagspause eine Seeuferwegdebatte lancieren. Aber ich kann Sie beruhigen, ich werde mich kurzfassen und nur einmal sprechen. Wieso soll Geld, welches in einem Fonds liegt, eher gebraucht werden, als wenn es im ordentlichen Budget reserviert ist? Ich kann nur mit den Schultern zucken, denn ich habe im Votum von Tobias Mani auch keine Antwort auf diese Frage erhalten. Mit einem thesaurierenden Fonds werden in Zukunft nicht mehr Kilometer und sicher auch nicht schneller Seeuferwege gebaut. Und Tobias Mani, wir wissen ja genau, wo wir stehen, denn wir diskutieren ja gefühlt jede Woche über die Seeuferwegprojekte.

Ein Fonds ist sogar kontraproduktiv. Der Bau von Seeuferwegen ist sehr teuer. Eine kleine Erinnerungsunterstützung: Der 1,6 Kilometer lange Abschnitt Giessen–Mülenen in den Gemeinden Wädenswil und Richterswil kostete 8 Millionen Franken. Wird der Bau eines Uferweges geplant, muss aufgrund der hohen Kosten in den meisten Fällen dem Kantonsrat ein Baukredit vorgelegt werden. Was, wenn der Baukredit höher ist als der Fondsbestand? Sollen die Kredite dann konsequent abgelehnt werden?

Diese Motion ist ein rein finanzpolitisches Spielchen. Die links-grüne Allianz will Mittel für ihre Anliegen auf Lebzeiten sichern, ohne Weitblick. Irgendwann werden alle Uferwege gebaut sein. Was geschieht dann mit dem Fonds, wenn sich x Millionen angehäuft haben und der Fonds eigentlich nicht mehr gebraucht wird? Die Auflösung oder Zweckänderung eines Fonds ist rechtlich und politisch eine riesengrosse Herausforderung. Wir erleben dies gerade in der KPB (*Kommission für Planung und Bau*) mit dem Parkplatzerersatzabgabe-Fonds. Oder ich erinnere gerne an das Geschäft «Aufhebung des Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie der ZKB», Christian Lucek hat Ihnen dies bereits eindrücklich erklärt.

Zum Aufwand: Die Klimaallianz hat diese Motion unterzeichnet. Sie wollen Gelder reservieren für Projekte, für welche aktuell gar kein Geld gebraucht wird. Müssten wir die Gelder nicht dort einsetzen, wo sie am

dringendsten gebraucht werden? Die Klimaallianz müsste jetzt eigentlich schreien: «Ja, für die Bekämpfung der Klimakrise» oder, wenn Sie bereits aufgewacht sind, «für eine sichere Stromversorgung!».

Diese Motion ist ein finanzpolitischer Unsinn und ein weiterer hilfloser Versuch, den Bau von Seeuferwegen zu beschleunigen, weil die wirklichen Probleme dieser Projekte einfach ausgeblendet werden. Die SVP lehnt diese Motion ab.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Die Motionäre fordern einen thesaurierenden Fonds zur Finanzierung von Uferwegen, denn sie wollen mit den Uferwegen vorwärtskommen. Und sie gehen davon aus, dass mehr Geld zurückstellen das Tempo beschleunigt. In ihrer Begründung schreiben die Motionäre aber selbst, dass ein solcher Fonds eigentlich unnötig ist. Sie erwähnen nämlich, dass in Paragraf 28b Absatz 1 Strassengesetz eine Finanzierung bereits geregelt ist. Andererseits schreiben sie, dass die Mittel gar nicht verwendet werden – ich zitiere aus der Begründung – «Grund dafür ist das Fehlen der realisierbaren Projekte». Deshalb frage ich mich, warum Geld in einem Fonds geäuft werden soll, wenn es gar nicht eingesetzt werden kann, weil eben keine Projekte vorliegen.

Nun gut, gehen wir davon aus, dass es doch gute, realisierbare Projekte für Uferwege gibt, auch grössere Projekte, die mehr als 6 Millionen Franken kosten würden. Dann wird deren Realisierbarkeit aber nicht am fehlenden Geld scheitern oder deshalb verzögert werden. Denn gemäss Paragraf 28b Absatz 1 stellt der Kantonsrat jährlich mindestens 6 Millionen Franken im Budget ein. Damit ist der Betrag nicht auf 6 Millionen limitiert, denn es heisst ja «mindestens», sondern dieser ist grundsätzlich nach oben offen. Also können grössere Beträge budgetiert werden für entsprechende Projekte, und es braucht keinen neuen Fonds, in welchem Geld auf Vorrat angehäuft wird, Geld, das blockiert wird und zwischenzeitlich anderweitig verwendet werden könnte.

Bei dieser Gelegenheit kann man sich fragen, warum die Uferprojekte fehlen, warum es nicht vorwärtsgeht, wenn es nicht am Geld liegt. Es sind vielmehr die Situationen vor Ort: die bebauten Ufer, die Grundeigentumsverhältnisse, aber auch die umweltrechtlichen Anforderungen und die ökologischen Absichten und Ansprüche, die es zu erfüllen gilt. Es ist nicht das Geld, also braucht es nicht einen solchen Fonds, keine Extrakasse. Die Mitte lehnt die Überweisung der Motion ab.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Lieber Tobias Mani, vielen Dank für diese Motion, die du ausgearbeitet hast, die ich sehr gerne mitunterzeichnet

habe und darum von der SP nun auch 34 Stimmen bekommt. Und nochmals herzlichen Dank für deine Vorstellung gerade vorher, das hat eigentlich so ziemlich alles gesagt. Uns ist es wirklich wichtig, dass die Uferwege gebaut werden. Sie wissen, ich bin Vizepräsident des Vereins «Ja zum Seeuferweg». Wir setzen heute eben auch ein Zeichen, dass es wirklich vorwärtsgeht.

Warum gibt es keine Projekte beim Uferweg? Ich schätze, weil da ganz viele Projekte im Hintergrund erarbeitet und dann irgendwann plötzlich realisierbar werden, und genau dann brauchen wir das Geld. Und darum brauchen wir diesen Fonds, darum brauchen wir das jetzt. Und eventuell kommen dann irgendwann auch grössere Projekte, die eben mehr als 6 Millionen in einem Jahr kosten. Diese sind dann einfacher umzusetzen, wenn das Geld schon in einem Fonds liegt, als wenn wir den Kantonsrat dann in der Budgetdebatte wieder überreden müssen, dass jetzt da mehr Geld eingestellt werden muss.

Wir unterstützen diese Fonds. Wir unterstützen, dass die Dinge, die uns wichtig sind, wirklich nachhaltig finanziert werden. Darum unterstützen wir diesen Fonds, aber ich sage es auch gleich jetzt schon: Radverkehr ist uns genauso wichtig und – ich spreche jetzt auch schon, wie Christian Schucan, gleich für beide Geschäfte – natürlich unterstützen wir auch den Velowegfonds. Denn dort ist die genau gleiche Problematik. Macht vorwärts mit den Velowegen, dann ist das Geld schon da. Herzlichen Dank.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Ich spreche gleich zu beiden Motionen, die einen thesaurierenden Fonds verlangen. Die Grünliberalen wollen mehr Velowege und sie wollen mehr Uferwege. Die Grünliberalen wollen, dass es vorwärtsgeht mit der Planung und der Realisierung. Heute wird zwar jährlich Geld budgetiert, das aber jedes Jahr aufs Neue verfällt, wenn es nicht genutzt wird. Da aber sowohl Velowege wie auch Uferwege eine Planungszeit über mehrere Jahre benötigen und schwankende Kosten verursachen, halten wir an der Forderung für thesaurierende Fonds fest. So können – müssen nicht, aber können – konkrete Projekte ausgearbeitet und umgesetzt werden. Mit einem ausgebauten Velowegnetz, da greife ich ein bisschen vor, wird die Strasseninfrastruktur allen Verkehrsteilnehmenden, sowohl den motorisierten wie auch den nicht motorisierten, besser gerecht. Schwachstellen werden auch mit den Fondsgeldern weiterhin behoben.

Und bei den Uferwegen, das stockt es. Dass die Realisierung von Uferwegen mit Herausforderungen gespickt ist, ist unbestritten. Dass die Arbeit komplex ist, soll aber nicht der Grund sein, dass man, so wie

heute, gar nichts unternimmt. Es wird argumentiert, dass die Projekte teuer sind und darum der thesaurierende Fonds abzulehnen ist. Das geht in der Logik nicht auf, denn mit der Ablehnung der thesaurierenden Fonds ist ja noch weniger Geld vorhanden.

Die Regierung argumentiert zum einen, dass im Kanton genügend Geld für die Projekte vorhanden ist, gleichzeitig aber auch, dass aufgrund der Belastung des Strassenfonds mehr gespart werden müsse. Was gilt, ist unklar. Man wird die Vermutung nicht los, dass die Uferwege wie eine heisse Kartoffel behandelt werden, als ob man sich damit die Hände verbrennen könnte. Es braucht demnach einen thesaurierenden Fonds, der die Realisierung der Uferwege, wenn nicht verbindlich, so doch verbindlicher macht. Schliesslich ist der öffentliche Zugang zu Gewässern ein verfassungsmässiges Recht. Der Uferweg soll Schritt um Schritt umgesetzt werden. Die Grünliberalen werden beide Motionen überweisen.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Herr nicht präsenter zuständiger Regierungsrat (*gemeint ist Baudirektor Martin Neukom, zuständig ist aber die Volkswirtschaftsdirektorin, Regierungsrätin Carmen Walker Späh*), vielleicht schaut er ja über das Internet zu, ich hoffe es, aber ich bezweifle es, es standen hier drei gestandene Gemeinderäte und haben der versammelten Linken erläutert, warum das, was sie hier fordern, was du hier forderst, Tobias Mani, ein administrativer und ein finanzpolitischer Rohrkrepiierer ist, und ihr wollt es immer noch nicht lernen. Eines habe ich gelernt: Der Wille und das Herz der Ratslinken ist meistens am richtigen Ort. Aber eines habe ich auch gelernt: vom Wirtschaften wenig bis keine Ahnung. Ich habe noch nie eine sozialistische oder sozialdemokratische Regierung gesehen, die erfolgreich gewirtschaftet hat, langfristig (*Zwischenrufe von der linken Ratsseite*). Es ist so, ja, fangt an zu husten, es ist so. Und da kann man dann schon den Lenin (*Wladimir Lenin, russischer Revolutionsführer*) zitieren und ich weiss nicht was. Derjenige, der das gemacht hat, der kann jetzt lachen, ich darf nicht mehr sagen. Und trotzdem, hört doch auf mit solchen Vorstössen, die wieder nichts sind als für die Galerie, wenn denn einer hier zuschauen würde; es schaut ja niemand zu in diesem Livestream, das kostet nur Geld. Und die Presse wird auch nicht viel über diese Rohrkrepiierer, die jetzt wieder hier gelegt wurden, schreiben. Warum? Weil es im Gesetz steht, dass investiert werden soll. Und meinen Sie wirklich, dass ich, der ich nicht unbedingt ein Befürworter von Seeuferwegen bin, mich dagegen wenden würde, wenn der Weg jetzt halt 8 statt 6 Millionen Franken kosten würde? Sicher nicht, oder? Sicher

nicht. Es steht im Gesetz und so viel gesunden Menschenverstand hat der Rest des Rates da rechts hinten auch. Und deshalb bitte ich euch, kommt nicht mit solchen Vorstössen! Die sind für die Galerie, das sind administrative und finanzpolitische Rohrkrepierer, nichts anderes. Und es zeigt mir leider Gottes, dass ihr keine Ahnung habt vom Wirtschaften, und das haben die Gemeinderäte, die vorher gesprochen haben, hier belegt. Danke Herr Schucan, Danke Frau Kopp und Danke Herr Ledergerber; der ist nicht im Gemeinderat, aber er ist jetzt Parteipräsident.

Tobias Mani (EVP, Wädenswil) spricht zum zweiten Mal: Danke, Hans-Peter Amrein, für dein engagiertes Votum. Aber ich glaube, es lohnt sich nicht, sich zu sehr darüber aufzuregen, denn der Aufwand für einen solchen Fonds wird gewiss nicht gross sein, um diesen zu äufnen und diesen zu pflegen.

Kurz zu Christian Schucan: Du hast gesagt, es gäbe ja die Möglichkeit, dann mehr Geld bereitzustellen, wenn einmal mehr als die 6 Millionen Franken nötig sind. Ja, das stimmt, das steht in Paragraf 28b des Strassengesetzes. Aber es ist Fakt: Seit wir diesen Paragrafen haben, seit 2016, war dies nie der Fall. Es wurde nie mehr benötigt, und damit sind wir genau beim Kern des Problems. Und Domenik Ledergerber hat ja gesagt, das Geld sei nicht das Problem. Genau, die fehlenden Projekte sind das Problem, aber irgendwann kommen dann hoffentlich die Projekte. Und du hast gesagt, Giessen–Wädenswil nach Richterswil, das hat 8 Millionen Franken gekostet. Das ist schon weit zurück, das war das letzte grössere Projekt. Und wir hoffen natürlich sehr, dass solche Projekte in absehbarer Zukunft kommen werden, dass die jetzt endlich zur Reife gelangen. Und was mich ganz besonders gefreut hat an deinem Votum, Dominik Ledergerber, du hast gesagt, «irgendwann werden alle Uferwege gebaut sein». Ich hoffe sehr, dass das in absehbarer Zukunft der Fall ist und dass ich dann noch genügend fit bin, um eine Runde mit dir zu drehen. Ich weiss, wie fit du bist, ich habe es selbst im FC Kantonsrat erlebt. Ich werde mich bemühen, diese Runde dann mit dir gehen zu können.

Ja, Marzena Kopp, die fehlenden Projekte, die sind das Problem, und deshalb fordern wir seit Jahren Projekte. Und es gilt jetzt bereits, das Geld bereitzustellen, damit wir dieses dann bereit haben.

Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.) spricht zum zweiten Mal: Lieber Tobias Mani, ich wundere mich einfach, wie man Huhn und Ei so verwechseln kann. Ihr stimmt zu und sagt eigentlich: «Es hat zu wenig Projekte. Weil es zu wenig Projekte hat, müssen wir zum vornherein

Geld auf die Seite tun.» Das ist Blödsinn, denn dieses Geld kann dann an sinnstiftenden Orten nicht eingesetzt werden. Und ja, es gibt ganz konkrete Projekte, ich habe eines erwähnt, nämlich «Chance Uetikon». Ihr könnt nachschauen, dort ist der Seeuferpark-Wettbewerb öffentlich ausgeschrieben. Da wird entsprechend vorwärtsgemacht und es wurde dort auch vereinbart, dass dieses Projekt mit Priorität angegangen werden muss, weil das auch im Sinne der Investoren ist, die dort ihre Projekte verfolgen. Also mit anderen Worten: Es ist nicht das Problem der fehlenden Finanzen, sondern es ist das Problem der fehlenden Projekte. Und mit zusätzlichen Finanzen kreiert man kein einziges Projekt. Da braucht es vernünftige, konkrete Ideen und die habt ihr hier mit diesem Fonds nicht gebracht.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Ich spreche hier im Namen der Regierung, als Volkswirtschaftsdirektorin, aber auch im Namen des Baudirektors und im Namen des Finanzdirektors (*Regierungspräsident Ernst Stocker*), die beide betroffen sind. Die Volkswirtschaftsdirektion, also meine Direktion, wir treiben tatsächlich die Uferwege auf der strategischen Ebene voran. Ich muss Ihnen aber sagen und ich sage es immer wieder: Die Planung und die Projektierung von Uferwegen ist sehr komplex, aufgrund der umweltrechtlichen Anforderungen, aufgrund der Grundeigentümer-Verhältnisse et cetera, et cetera. Es ist komplex und zeitintensiv.

Sie wissen es, Sie haben es gesagt, der Kantonsrat stellt jährlich mindestens 6 Millionen Franken im Budget ein. Und sollte dieser Betrag aus unvorhersehbaren Gründen eben nicht ausreichen, dann können wir ihn verfügbar machen, indem wir eben einmal auch das Budget überschreiten. Das ist ein relativ einfacher Prozess, der gut funktioniert.

Das Konzept eines thesaurierenden Fonds ist für staatliche Aufgaben – das muss ich Ihnen einfach sagen – und insbesondere für die Realisierung von Uferwegen schlicht ungeeignet. Es funktioniert einfach so nicht, und zwar aus den verschiedenen Gründen, die ich nennen kann. Der Kanton Zürich hat ausreichende Mittel für die Realisierung von baureifen Projekten. Wir haben kein Mittel-Problem, wir können diese Mittel zur Verfügung stellen, wenn wir solche Projekte haben und dann in der Höhe, die die Projekte benötigen. Sie werden keinen einzigen, nicht einen kleinsten beschleunigenden Effekt haben für die Realisierung von Seeuferwegen, bei allem Herzblut, das ich hier im Rat spüre. Das kann ich akzeptieren, das sehe ich ja, aber Sie werden keinen beschleunigenden Effekt haben, im Gegenteil: Wenn bei zusätzlichem

Mittelbedarf der Fonds dann eben nicht ausreicht, dann werden Sie Verzögerungen haben. Sie können ja nicht sagen: «Wir wollen einen Fonds, aber dann trotzdem noch die Budgetmittel. Wir wollen da komplette Freiheit haben.» Nein, dann haben Sie diesen Fonds. Und dieser Fonds muss dann in Anlagen investieren, und solche Investitionen werden Transaktionskosten verursachen. Die gehen Ihnen dann wieder weg an der Realisierung der Seeuferwege und sie unterliegen einem Wertschwankungsrisiko. Das heisst, diese Mittel wären dann nicht sofort verfügbar. Wir können da nicht zaubern, da müssen Sie warten. Und in diesem Sinne möchte ich schon festhalten, dass für die Realisierung von Uferwegen die Hauptschwierigkeiten sicher nicht in den Finanzen liegen und ein Fonds keine Verbesserung oder Beschleunigung bringen könnte. Ein thesaurierender Fonds schafft überhaupt keine Abhilfe, damit bei Ihrem Anliegen, der Beschleunigung der Seeuferwege, irgendetwas geht, im Gegenteil: Sie werden, wenn das so nötig wäre, Schwierigkeiten bekommen mit einem Fonds.

Selbstverständlich, wenn Sie hier in der Mehrheit, so wie es aussieht, diese Motion unterstützen, werden wir Ihnen eine Vorlage präsentieren. Aber Sie können sicher sein, ich werde Sie auch in dieser Vorlage zu überzeugen versuchen, dass Ihrem Anliegen damit eigentlich nicht wirklich geholfen ist. In diesem Sinne bitte ich Sie um Ablehnung.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 88 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 61/2021 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.

12. Verschiedenes

Erklärung des Regierungsrates zur Energiepolitik

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wir kommen jetzt zur angekündigten Erklärung des Regierungsrates zur Energiepolitik.

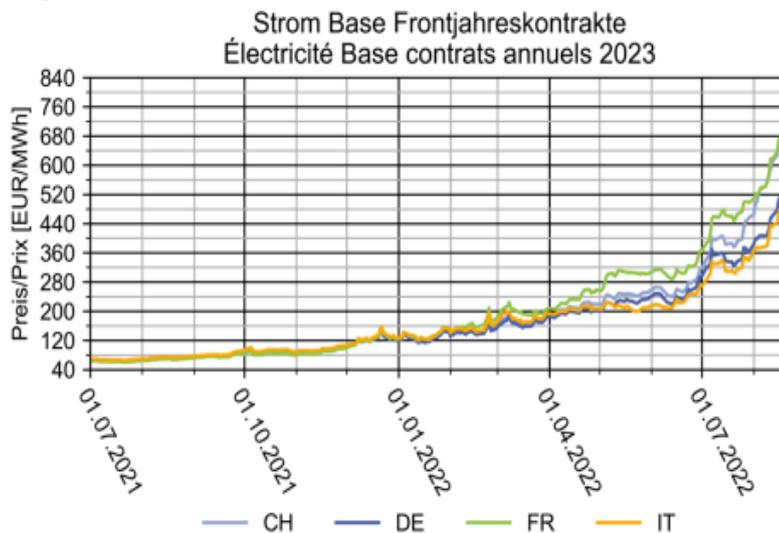
Regierungsrat Martin Neukom: Die Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*) und ich präsentieren gerne den Stand der Dinge und informieren Sie hier direkt aus erster Hand. Wir haben

uns entschieden, letzte Woche auf eine Pressekonferenz zu verzichten, damit Sie hier die Informationen direkt aus erster Hand erhalten können.

Es ist so, wir befinden uns in der grössten Energiekrise seit dem Zweiten Weltkrieg und es ist tatsächlich möglich, dass Gas und Strom in Europa knapp werden diesen Winter. Was ich schwierig finde, ist, das richtige – man könnte sagen – Panik-Level zu finden. Denn es ist nicht angemessen, jetzt in Panik zu verfallen, aber es ist auch nicht angemessen zu sagen, es ist alles kein Problem. Wir sind irgendwo dazwischen und wir müssen uns auf jeden Fall gut vorbereiten und gut in die Zukunft denken. Es laufen deshalb Vorbereitungen auf allen Ebenen. Es laufen Vorbereitungen sehr intensiv auf Ebene des Bundes, zwischen den Kantonen, in den einzelnen Kantonen und natürlich auch in den Gemeinden. Ich bin im regelmässigen Austausch mit den Energieversorgern, mit Swissgrid, mit der EICom (*Eidgenössische Elektrizitätskommission*), mit der Energiedirektorenkonferenz, auch mit dem BFE (*Bundesamt für Energie*). Ich denke, was besonders wichtig ist in Krisen – und hier zeichnet sich leider eine Krise ab – ist Information und gegenseitige Abstimmung und Koordination. Denn das Schlimmste, was passieren kann, ist, wenn die Zuständigkeiten nicht geklärt sind und die Informationen nicht fliessen, denn dann entsteht Chaos oder es kann zumindest ein Chaos entstehen. Und hier können wir, so komisch das auch tönt, von den Erfahrungen von Corona (*Covid-19-Pandemie*) profitieren, wir haben uns jetzt schon besser aufgestellt. Einfach weil wir wissen, was bei Corona nicht optimal lief, können wir jetzt schon aus diesen Erfahrungen lernen.

Ich beginne mit den Strompreisen. Für mich sind die Strompreise die neuen Fallzahlen. Früher haben wir fast täglich auf die Corona-Fallzahlen geschaut: «Wo stehen die Fallzahlen? Jetzt sind schon wieder mehr dazugekommen.» Und wir haben geschaut, wie hoch die überhaupt werden können. Und jetzt schaue ich regelmässig die Strompreise an, denn die Strompreise sind ein Indikator für Knappheit und auch für Nervosität. Und das ist das, was wir aktuell an den internationalen Märkten hauptsächlich sehen: Es ist Nervosität, Nervosität, was die Versorgung im Winter angeht und das sieht man an diesen Kurven.

Strompreise



Energiemangellage | 29. August 2022

Quelle: Ecom Terminmarktbericht 3

Man darf sie auch nicht überbewerten, aber man kann sie wie einen Fiebermesser betrachten. Das sind die Strompreise für das Jahr 2023. Sie wissen, im Strombereich wird der Strom in der Regel im Voraus verkauft. Das heisst, der Strom wird verkauft, bevor er geliefert wird. Teilweise wurde der Strom für 2023 auch schon im Jahr 2020 verkauft, das hat zum Beispiel die AXPO (*Schweizer Energiekonzern*) so gemacht. Hier sehen Sie die Strompreise für das ganze Jahr 2023, wann diese verkauft werden. Sie sehen die Strompreise Schweiz, Deutschland, Frankreich und Italien, und Sie sehen, wie das stark angestiegen ist. Auf der ganz linken Seite sehen Sie Strompreise von etwa 70 oder 60 Euro pro Megawattstunde. Sie kennen vielleicht besser die Einheit «Rappen pro Kilowattstunde». Sie können es einfach durch zehn teilen, dann haben Sie ungefähr Rappen pro Kilowattstunde. Also wir starten hier bei 60 oder 70 Euro pro Megawattstunde, also 6 oder 7 Rappen pro Kilowattstunde, das ist die alte Welt. Wir erreichen Grössenordnungen im Bereich von 83 Rappen pro Kilowattstunde oder wie gesagt hier, 830 Euro pro Megawattstunde. Das wäre vor kurzer Zeit unvorstellbar gewesen, muss ich sagen. Wenn man das vor einem Jahr gesagt hätte, dass so etwas kommt, dann hätte man gesagt, man sei ein Spinner. Jetzt schauen Sie mal die Zahlen am 1. Januar 2022 an: Das war der Moment, also Dezember des letzten Jahres, als die Alpiq (*Schweizer Energieunternehmen*) beim Bund wegen den extrem hohen Strompreisen angefragt hat, weil sie diese Liquidität, um die Margins an der Börse zu zahlen, nicht mehr tragen konnte. Also da sehen Sie jetzt die Verhältnisse, und seither sind die Strompreise nochmals massiv angestiegen. Das ist

auch der Grund, warum viele in dieser ganzen Branche etwas nervös sind. Sie sehen auch die Preise. Es gibt unterschiedliche Preise für Deutschland und die Schweiz. Die Schweiz hat im Moment sogar noch etwas höhere Preise als Deutschland.

Wie stark ist dieser Anstieg? Ich versuche es noch auf andere Kerngrößen herunter zu brechen.

Energiepreise

Aktuelle Preise fürs Jahr 2023

Strom	83 Rp/kWh (Steigerung Faktor 14)
Gas	25 Rp/kWh (Steigerung Faktor 13)
Kohle	330 Euro/t (Steigerung Faktor 5)
Heizöl	1.7 CHF/L (Steigerung Faktor 2)

Ich habe es gesagt, aktuell – ich muss sagen «aktuell» bezieht sich noch auf den Mittwoch der letzten Woche, mittlerweile ist es wahrscheinlich schon wieder weiter gestiegen –, aktuell sind diese Strompreise für das Jahr 2023 bei 83 Rappen pro Kilowattstunde. Das ist ein Faktor 14 höher, als es vor einem Jahr war; nicht 14 Prozent, sondern ein Faktor 14, man muss sich dessen wirklich bewusst sein. Man sieht es auch beim Gas. Das Gas kostet heute 25 Rappen pro Kilowattstunde, auch da ist es ein Faktor 13. Sie sehen, das ist kein Zufall, dass das sehr ähnlich ist, denn der Gaspreis ist ein Treiber für den Strompreis. Auch die Kohle ist gestiegen, sie kostet mittlerweile 330 Euro pro Tonne. Warum ist Kohle relevant für uns in der Schweiz? Wir müssen diese Krise europäisch anschauen, und in Europa wird halt viel Strom mit Kohle produziert. Also auch das hat einen Einfluss, der Kohlepreis ist ebenfalls gestiegen. Zum Vergleich: Auch Rohöl ist gestiegen, ich habe es deshalb hier einfach noch aufgeführt. Für die Stromproduktion ist Rohöl nicht von grosser Bedeutung, aber im Vergleich sehen Sie hier noch den Heizölpreis, der ist aktuell bei 1,7 Franken pro Liter, auch das ist eine Steigerung. Im Vergleich ist es fast wenig, aber es ist trotzdem auch eine Verdoppelung.

Was sind die Auswirkungen dieser hohen Preise? Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, es bereitet mir schon ein wenig Sorgen, wenn ich diese hohen Preise sehe, was das bedeutet für unsere Unternehmen. Zuerst müssen wir aber etwas Wichtiges unterscheiden, denn etwas ist nicht wie bei Corona. Bei Corona waren alle ungefähr gleich betroffen, das ist hier nicht der Fall. Wir haben gebundene Endkunden, die ihren Strom von den EVU (*Elektrizitätsversorgungsunternehmen*) beziehen, wahrscheinlich ist hier von uns niemand am freien Markt. Und die Preise der gebundenen Endkunden werden ungefähr um 30 Prozent steigen. Das wird für die allermeisten nicht zu grossen finanziellen Problemen führen, wenn Sie denken, wie hoch Ihre Stromrechnung war. Dann gibt es aber die Kunden im freien Markt, und da gibt es zwei Kategorien. Es gibt die Kunden am freien Markt, die sich langfristig abgesichert haben. Die haben schon im Jahr 2020 den Strom für das Jahr 2023 gekauft, damals waren die Preise noch tief. Diese Unternehmen werden kaum Probleme haben. Jetzt gibt es aber andere Unternehmen, die sich nicht langfristig abgesichert haben. Wenn diese jetzt merken, dass sie noch keinen Strom gekauft haben für das Jahr 2023, dann werden sie eine Stromrechnung haben, die 14-mal so hoch ist wie vorher. Das müssen wir jetzt nicht an einzelnen Beispielen durchrechnen, dass das einzelne Firmen in arge Bedrängnis bringen kann.

Ich komme zur Frage, warum denn eigentlich die Gaspreise so stark gestiegen sind. Das merkt man sehr, sehr deutlich, wenn man diese eine Grafik anschaut.

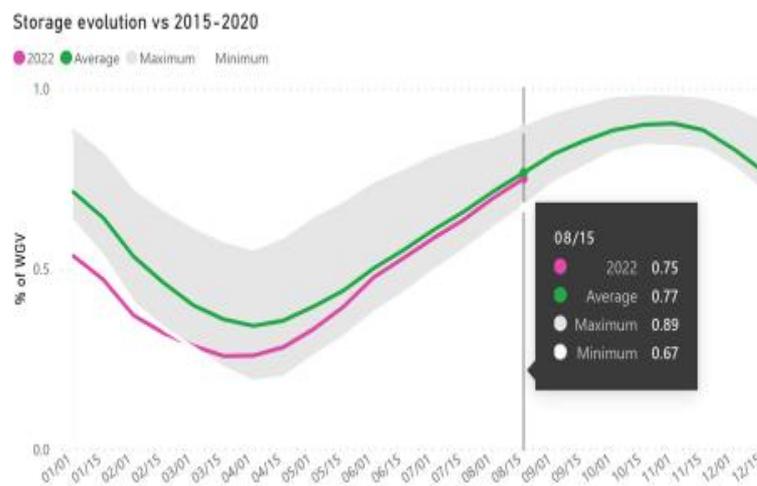
Gasfluss Russland nach Europa



Das ist der Gasfluss von Russland nach Europa, auf der Zeitachse aufgetragen. Links sehen Sie – es ist etwas klein – den Herbst des letzten Jahres, und Sie sehen, das fluktuiert, das geht immer ein bisschen rauf und runter, das ist nie ganz konstant. Und dann sehen Sie auch, dass es im März 2022, also ungefähr in der Mitte der Grafik, begonnen hat, schrittweise zurückzugehen. Zwischenzeitlich war es sogar sehr tief, und jetzt sind wir ungefähr bei einem Drittel. Und das ist der Grund, warum diese Märkte nervös sind. Russland ist ein wichtiger Gaslieferant für die EU – zumindest noch. Und wenn da weniger Gas vorhanden ist, dann steigen die Preise.

Es ist aber nicht ganz so schlimm, wie es hier aussieht, denn man konnte parallel dazu die LNG-Terminals weiter ausbauen. LNG heisst «Liquefied Natural Gas», das ist das Gas, das mit den grossen Schiffen – die Schiffe haben diese Kugeln, die kennen Sie sicher von den Bildern – angeliefert wird. Das konnte man etwas ausbauen. Was dort der kritische Punkt ist, sind diese LNG-Terminals, denn von denen gibt es nicht beliebig viele und die haben nicht eine beliebige Kapazität. Deshalb kann man nicht beliebig schnell mit diesem LNG hochfahren, aber es konnte ein Teil dieses Ausfalls kompensiert werden. Und jetzt komme ich zu den Speichern und deshalb ist das hier so relevant.

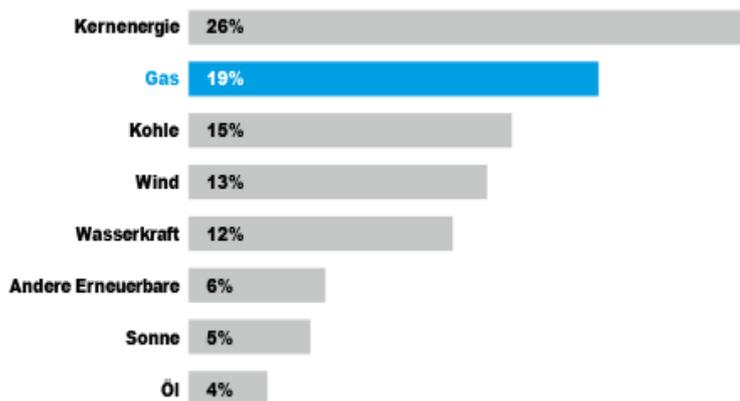
Speicherstände



Europa hat sehr grosse Gasspeicher, das sind gigantische Mengen. Also wenn Sie sich ein bisschen auskennen im Bereich der Energie, das sind 1100 Terawattstunden-Speicher. Das ist unvorstellbar gross. Und in ei-

nem normalen Jahr funktioniert das so, das sehen Sie in Grau: Irgendwann im April ist der Gasspeicher auf dem Minimum und dann wird der Gasspeicher den ganzen Sommer durch gefüllt, weil man im Sommer ja weniger Gas braucht, so dass man dann mit einem vollen Speicher in den Winter starten kann. Der Speicher hat dann sein Maximum irgendwann im Dezember oder so, und dann kann das diese Gasflüsse etwas ausgleichen. Und jetzt hat man natürlich grosse Angst, dass aufgrund dieser reduzierten Gasströme nur schon die Gasspeicher nicht gefüllt werden können. Hier können wir ein bisschen Entwarnung geben, denn der Füllstand der europäischen Gasspeicher sieht gar nicht so schlecht aus. Und das hat jetzt eben genau damit zu tun, dass man einen Teil der Ausfälle kompensieren konnte. Bald schon werden die Gasspeicher aufgefüllt sein, ich glaube, sie sind schon auf 80 Prozent. Das ist nicht so schlecht. Trotzdem ist das Gas natürlich knapp. Das darf uns jetzt auch nicht dazu bewegen, dass wir sagen «es gibt überhaupt kein Problem», denn die Gasflüsse sind ja immer noch knapp. Und warum kann nun ein Gasproblem zu einem Stromproblem werden? Das sehen wir ganz einfach, wenn wir die Stromproduktion in der EU anschauen.

Stromproduktion in der EU 2021



Ich zeige Ihnen hier die Stromproduktion der EU im Jahr 2021 aufgetragen: Da ist die Kernenergie ganz zuoberst, und mit 19 Prozent an zweiter Stelle ist Gas. Gas ist ganz wichtig für die Stromproduktion in Europa. Das heisst ganz logisch: Wenn das Gas teuer und knapp wird,

dann wird hier auch der Strom teuer. Es gibt aber noch ein zweites Problem, das sieht man hier auf dieser Grafik nicht: Falls es so weit kommen würde, dass in Europa gewisse Haushalte kein Gas mehr haben, um zu heizen, was machen die Leute? Die Leute werden entweder, falls sie welche haben, mobile Elektroheizungen installieren. Sie werden den Backofen öffnen, um zu heizen, die Herdplatte, den Föhn oder was auch immer benützen und versuchen, mit elektrischer Energie zu wärmen. Das ist auch verständlich, und vermutlich würden es die meisten so machen. Aber das führt dazu, dass der Stromverbrauch förmlich «explodiert». Und wenn der Verbrauch noch einmal massiv ansteigt, kann das natürlich wiederum zu Stromknappheit führen. Das sind jetzt alles Auswirkungen der Ukraine-Krise, es gibt aber noch weitere Gründe und Ursachen, warum wir heute in einer schwierigen Lage stecken. Es ist nicht nur wegen des Krieges, es sind verschiedene Gründe. Diese möchte ich hier gerne zeigen.

Ursachen für Strommangel

Eingeschränkte Verfügbarkeit Erdgas



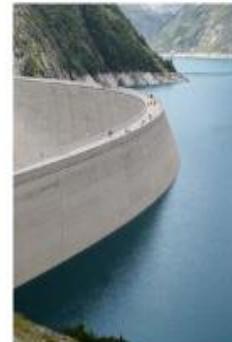
Eingeschränkte Verfügbarkeit Kohle



Ausfall französischer KKW



Wenig Wasser in Stauseen



Also einerseits eingeschränkte Verfügbarkeit von Gas, darüber habe ich jetzt gesprochen. Es gibt aber auch eine eingeschränkte Verfügbarkeit von Kohle. Warum? Der Rhein hat ausserordentlich wenig Wasser, dadurch ist die Rheinschifffahrt eingeschränkt, das ist leider ein Punkt. Weiter: Aufgrund der hohen Wassertemperaturen funktioniert die Kühlung dieser grossen thermischen Kraftwerke, wie Gaskraftwerke oder auch Atomkraftwerke, weniger gut. Deshalb konnten aufgrund der hohen Wassertemperaturen auch diese Kraftwerke etwas weniger Strom produzieren.

Dann der Ausfall französischer Kernkraftwerke: Es ist tatsächlich so, aktuell steht die Hälfte des französischen Kernkraftwerkparcs still. Da fehlen ungefähr 25 Gigawatt an Leistung im europäischen Netz, und das ist nicht vernachlässigbar, insbesondere für die Schweiz, weil die Schweiz in der Vergangenheit bis jetzt gerne Strom aus Frankreich importiert hat. Warum stehen die Kernkraftwerke still? Es ist nicht so, dass die alle wegen Sicherheitsmängeln stillstehen, aber ein Teil, etwa die Hälfte davon. Man hat in gewissen sicherheitsrelevanten Bereichen Rost festgestellt, wo kein Rost sein sollte. Und dann hat man festgestellt, dass dieser Rost bei allen Kernkraftwerken vom gleichen Typ vorhanden ist. Deshalb mussten diese aus sicherheitstechnischen Gründen aus dem Betrieb genommen werden. Aber es gibt auch noch verschobene Wartungen aufgrund von Corona. Also da ist zu erwarten, dass mindestens ein paar Kernkraftwerke wieder ans Netz kommen.

Letzter Punkt, warum wir wenig Strom haben, ganz rechts: wenig Wasser in den Stauseen. Also für die Strombetreiber war dieses Jahr hydrologisch ein nicht so gutes Jahr, denn es hat – zumindest bis jetzt – zu wenig geregnet. Das sind also die vier Ursachen.

Was keine Ursache für die drohende Strommangellage ist, das ist die Energiestrategie 2050 des Bundes (*Zwischenrufe*). Ja, meine Damen und Herren, schauen Sie sich die Zahlen an. Die Energiestrategie hat ja ihren Ursprung in Fukushima 2011 (*Reaktorkatastrophe in Japan*). Und wenn ich jetzt schaue, wie sich die Zahlen seit dieser Zeit entwickelt haben: Der Stromverbrauch ist noch ähnlich hoch wie 2011. Und auch die Stromproduktion ist noch ähnlich hoch. Der einzige Unterschied seither ist, dass das kleinste Kernkraftwerk Mühleberg mittlerweile abgestellt wurde; dies aber nicht wegen der Energiestrategie, sondern schlichtweg, weil es nicht mehr rentabel war.

Was können wir tun? Jetzt kommen wir eigentlich zum wichtigen Punkt: Was können wir tun? Jetzt müssen wir uns bewusst sein, ich habe das vor einer Woche schon gesagt: Wenn wir die Positionen langfristig anschauen, was wir in zehn, in zwanzig Jahren tun können, dann haben wir ganz viele Optionen, und wir können hier drin lange diskutieren. Wenn wir anschauen, was wir bis im Winter tun können, dann sind unsere Handlungsmöglichkeiten leider Gottes eingeschränkt. Denn bis im Winter können wir keine neuen Kraftwerke bauen. Deshalb: Was können wir tun? Hier also eine Übersicht über das, was wir tun können:

Mögliche kurzfristige Massnahmen

Energieeffizienz

Energie einsparen

Wasser in Speicherseen zurückhalten

Notstrom-Aggregate aktivieren (Diesel)

Abkommen mit Nachbarstaaten (Gasspeicher)

Wir können versuchen, Energieeffizienz umzusetzen, wir können Energie einsparen. Wir können durch das Einsparen von Energie dafür sorgen, dass wir das Wasser in den Stauseen zurückhalten können. Das ist ein bisschen ähnlich wie mit der Gasspeicherung: Wir wollen im Herbst auch randvolle Speicher, damit wir möglichst gut durch den Winter kommen.

Wir können die Notstromaggregate aktivieren. Das ist aus meiner Sicht nötig für den Notfall, auch wenn diese mit Diesel betrieben werden. Natürlich produziert das CO₂, aber wir dürfen hier unsere langfristigen Klimaziele nicht über Bord werfen, an diesen halten wir selbstverständlich fest. Denn das ist extrem wichtig und verringert letztlich langfristig auch die Abhängigkeit. Das heisst aber nicht, dass wir kurzfristig im Notfall, wenn es sein muss, auf diese Notstromgeneratoren zurückgreifen, um zu verhindern, dass wir in eine ernsthafte Mangellage geraten. Und das Abkommen mit den Nachbarstaaten ist deshalb wichtig, weil wir damit gewisse Gaslieferungen sichern können. Was nicht möglich ist, ich habe es schon gesagt: Kraftwerke bauen in dieser kurzen Zeit. Es geht einfach nicht. Selbst mit Notrecht würde das nicht gehen, die Zeit reicht nicht. Was wir auch nicht können, ist Energie herzaubern. Deshalb bleibt Sparen, so leid es mir tut, eine der besten Optionen. Und wenn ich jetzt «Energiesparen» sage, an wen denken Sie da?

Energie sparen



Energiemangellage | 29. August 2022

10

Einige von Ihnen schmunzeln. Ja, natürlich denken wir alle an Adolf Ogi (*Altbundesrat*). Adolf Ogi hat – das war legendär, glaube ich – 1988 gezeigt, wie man beim Eierkochen Energie sparen kann. Ich habe es selber nicht erlebt (*der Baudirektor hat Jahrgang 1986*), aber mir haben schon ganz viele Leute davon erzählt. Warum ist Stromsparen jetzt schon wichtig? Weil wir so die Speicherseen schonen können. Das können wir jetzt schon tun, da kann jeder und jede einen Beitrag leisten, jede eingesparte Kilowattstunde zählt. Was heisst das konkret? Mir ist es ganz wichtig, dass wir den Leuten vermitteln, wo man denn wirklich sparen kann und wo es sich nicht so lohnt, denn man muss ja dort sparen, wo man auch viel Energie braucht. Deshalb versuche ich es ganz einfach herunterzubrechen: Sparen lohnt sich dort, wo viel Wärme im Spiel ist, denn Wärme braucht sehr viel Strom, um hergestellt zu werden. Deshalb kann man sehr gut und viel einsparen, wenn man dann, wenn es so weit ist, beim Heizen etwas weniger heizt oder wenn man etwas weniger lang duscht oder vielleicht noch ein bisschen beim Kochen spart. Was ebenfalls hilft – zweiter Punkt – bei allem zu sparen, was sehr, sehr lange in Betrieb ist. Das betrifft Standby. Wenn Sie das noch nicht gemacht haben, haben Sie hier sehr, sehr grosses Potenzial. Ihren Stromverbrauch können Sie locker halbieren damit, wenn Sie Standby mit diesen Kippschaltern reduzieren. Da gibt es gute Möglichkeiten.

Es ist auch wichtig zu wissen, wo es überhaupt nichts nützt, wenn Sie sparen: beim Handy. Handys sind immer die guten Beispiele, um quasi

den Stromverbrauch sicherzustellen. Also wissen Sie, ein Handy braucht in einem Jahr ungefähr 2 Kilowattstunden Strom. Das ist ungefähr so viel wie fünf bis zehn Minuten Duschen. Ein einziges Mal – nicht pro Tag, ein einziges Mal – fünf bis zehn Minuten Duschen braucht ungefähr so viel Energie wie das Handy im ganzen Jahr. Deshalb: Sie können schon dort sparen, das ist mir egal, aber das bringt einfach nicht viel.

Ich komme nun zu den Kompetenzen und Rollen. Ich habe das vorhin schon gesagt und ich möchte es nur nochmals betonen, das dürfen wir wirklich nicht unterschätzen: Es ist in Krisen ganz wichtig zu wissen, wer was macht, sonst gibt es Chaos. Wer ist für was zuständig? Was macht der Bund? Was machen die Kantone? Was machen die Gemeinden? Und es ist wichtig, dass wir hier – so gut es geht – eine möglichst gute Koordination haben. Deshalb zu den Rollen:

Rolle der Kantone

1. Bundesrat entscheidet über Kontingentierungen und Abschaltungen

- Energiebranche (OSTRAL, KIO) setzt diese um.
- Keine Rolle für Kantone vorgesehen.

2. Aufgaben Kanton verwaltungsextern

- Information Bevölkerung und Wirtschaft
- Unterstützung Gemeinden
- Bewältigung der Folgen von Kontingentierungen oder Abschaltungen

3. Aufgaben Kanton verwaltungsintern

- Freiwillige Einsparungen von Strom und Gas
- Umsetzung Bundesanordnung für Strom und Gas in Kantonsverwaltung

Der Bund ist zuständig für Kontingentierungen und für Abschaltungen. Das sind die Massnahmen, wenn es wirklich schwierig wird. Wenn es wirklich schwierig und knapp wird, dann gibt es zuerst Kontingentierungen. Dann heisst es: Jede Firma darf nur noch 90 Prozent so viel Strom brauchen, wie sie letztes Jahr gebraucht hat. Und die Energiebranche wird dann all diese Massnahmen, die der Bund trifft, entsprechend umsetzen. Die Energiebranche hat sich zusammengeschlossen in der OSTRAL – das ist die Organisation für die Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen – und in der KIO, die Krisen-Interventions-Or-

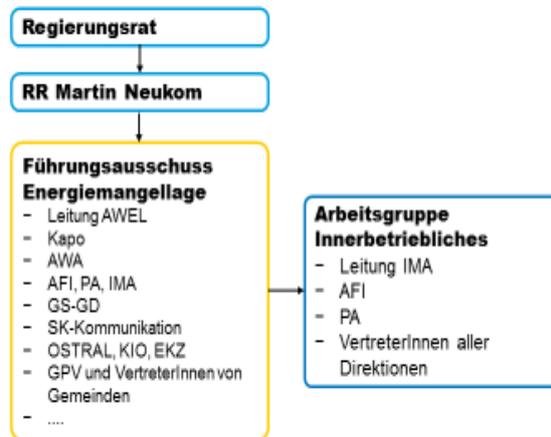
ganisation; das ist das Gleiche, einfach für Gas. Und die Energiebranche setzt diese Massnahmen um, und zwar direkt mit den Energieversorgungsunternehmen. Hier haben die Kantone keine Rolle. Das kann man jetzt beklagen oder auch nicht, aber es hat letztlich eine gewisse Logik, dass die Kantone hier keine Rolle haben – schliesslich ist es ein schweizweites Problem –, es würde den Prozess nur noch verlangsamen. Also wenn es hart auf hart kommt und kontingentiert wird, können die Kantone nicht sagen «ja, wir hätten es gerne ein bisschen anders». Was ist also die Rolle des Kantons? Ich habe das hier aufgeteilt in «verwaltungsextern» und «verwaltungsintern». Mit «verwaltungsextern» meine ich: Es betrifft einfach den gesamten Kanton Zürich mit seinen 1,5 Millionen Einwohnern. Erstens: Information von Bevölkerung und Wirtschaft. Wir haben heute eine Webseite aufgeschaltet, jetzt habe ich die Adresse gerade nicht im Kopf, ich glaube, es ist «www.zh.ch/energieversorgung». Da werden wir jetzt ähnlich wie bei Corona permanent die neuesten Informationen aufschalten, das ist schon mal ein wichtiger Teil. Natürlich geht die Information der Bevölkerung noch weit über eine Webseite hinaus, aber das ist ein Teil davon. Zweiter Punkt: Unterstützung der Gemeinden, wo sie auch immer unsere Unterstützung benötigen. Und dann die Bewältigung der Folgen, diese abzuschätzen ist fast das Schwierigste. Was sind die Folgen, wenn es denn zu einer Kontingentierung käme? Dann gibt es Folgen, es ist kritische Infrastruktur betroffen. Was müssen wir jetzt vorbereiten, damit wir gut vorbereitet sind, falls es so weit kommt? Ich muss hier nur nochmals sagen: Wir hoffen alle ganz fest, dass es nicht dazu kommt. Wir bereiten uns vor auf eine Eventualität, in der Hoffnung, dass sie nicht kommt. Aber falls sie kommt, müssen wir gut vorbereitet sein.

Gut, jetzt komme ich zum zweiten Teil, verwaltungsintern: Da können wir einerseits Sparmassnahmen umsetzen, in dem Sinne freiwillig, noch bevor der Bund irgendetwas verordnet. Wir können Gas und Strom einsparen. Da gibt es schon ganz, ganz viele Ideen. Aktuell arbeitet eine Arbeitsgruppe unter Leitung der Baudirektion daran, hier der Regierung Vorschläge zu machen, damit die Regierung dann entscheiden kann, wo wir freiwillig Strom und Gas einsparen können. Und das zweite ist die Umsetzung der Bundesanordnungen in der Kantonsverwaltung. Sie können sich jetzt vorstellen: Die Bundesanordnungen bei Kontingentierungen gehen an alle Grossverbraucher. Wenn Sie «Grossverbraucher» hören, denken Sie wahrscheinlich an Firmen. Aber der Kanton selber ist auch ein Grossverbraucher, das heisst, wir müssen auch als Grossverbraucher entsprechende Massnahmen umsetzen, falls

der Bund sie so verfügen würde. Deshalb ist das auch noch eine wichtige Rolle des Kantons.

Gut jetzt, wie gehen wir das im Kanton Zürich an?

Organisation Kanton Zürich



Wir haben einen Führungsausschuss Energiemangellage zusammengestellt. Er steht unter Leitung des AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*), des Amtschefs des AWEL. Es ist Christoph Zemp, der diese Arbeitsgruppe leitet. Es sind weiter in dieser Gruppe vertreten: die Kantonspolizei, das Amt für Wirtschaft und Arbeit, das Amt für Informatik, das Immobilienamt, die Kommunikation der Staatskanzlei, Vertreter der OSTRAL, der KIO, der EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) und des GPV (*Gemeindepräsidienverband*) sowie noch weitere Gemeindevertreter. Diese Gruppe ist nicht fix, sondern wird selbstverständlich entsprechend den Bedürfnissen, je nach Lage erweitert oder verkleinert. Diese Gruppe ist interdirektional zusammengesetzt. Das ist wichtig, denn es sind verschiedene Direktionen betroffen. Und es ist uns hier ein ganz grosses Anliegen, dass wir in dieser möglichen Krise sehr, sehr gut zwischen den Direktionen zusammenarbeiten können.

Es gibt noch eine zweite Gruppe, das ist die Arbeitsgruppe Innerbetriebliches. Vorhin habe ich gesagt «verwaltungsintern», was können wir selber machen? Diese Gruppe kümmert sich genau um diese Anliegen. Sie steht deshalb unter Leitung des Immobilienamtes. Immobilienamt darum, weil das Immobilienamt die Stromrechnung für den Kanton

Zürich zahlt. Und gerade im Gebäudebereich gibt es einige Möglichkeiten, um Energie einzusparen. Das zeigt, wie der Kanton aktuell aufgestellt ist.

Ich komme noch zu einigen Anregungen. Sie können es auch als Forderung verstehen, aber ich habe es hier eher als «Anregung» oder «Wünsche» an die Adresse des Bundes betitelt.

Anregungen an Bund

- 1. Enge Abstimmung und Koordination mit Kantonen**
- 2. Ausschreibungen für Verbrauchsreduktionen**
- 3. Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für den Einsatz von Notstrom-Aggregaten.**
- 4. Wenig einschneidende Bewirtschaftungsmassnahmen frühzeitig beschliessen (zB: Umstellung Zweistoff-Anlagen)**

Was uns in dieser Krise besonders wichtig ist – und hier kann ich sogar für alle Kantone sprechen –, sind Koordination und Abstimmung mit den Kantonen. Es ist ganz wichtig, dass der Bund sich so gut wie möglich mit uns abstimmt, denn wir müssen diese Krise gemeinsam meistern.

Das zweite sind Ausschreibungen von Verbrauchsreduktionen. Die Idee funktioniert grundsätzlich so: Der Bund könnte Ausschreibungen machen und fragen, welche Firma für wie viel Geld ihren Verbrauch diesen Winter einstellt. Das wäre die ökonomisch beste und einfachste und günstigste Art und Weise, um Strom einzusparen. Das ist leider im Moment nicht vorgesehen, was ich sehr bedaure.

Weiter ist es uns ganz wichtig, dass man rechtzeitig die Rahmenbedingungen schafft, um die Notstromaggregate in Betrieb zu nehmen. Es wurde auch schon eine Kantonsratsanfrage zu diesem Thema eingereicht. Es ist so, aktuell dürfen diese Notstromgeneratoren nur 50 Stunden betrieben werden. Das reicht natürlich nicht. Und jetzt muss man die rechtlichen Bedingungen so anpassen, dass das funktioniert. Auch

hier sind wir mit dem Bund in Kontakt diesbezüglich. Es gibt auch bereits Arbeiten auf Stufe Bund, um dies zu ermöglichen. Wir hoffen, dass wir auf kantonale Gesetzesanpassungen oder kantonale Verordnungen in diesem Bereich verzichten können, einfach darum, weil es schlicht einfacher ist, wenn das der Bund löst und nicht 26 Kantone hier Lösungen finden müssen.

Und die letzte Forderung – sie ist mir besonders wichtig, bevor ich dann an die Volkswirtschaftsdirektorin übergebe –, die letzte Forderung ist: frühzeitig handeln. Ich habe die Befürchtung, dass es uns nicht gelingt, rechtzeitig zu handeln. Wenn wir schon im Dezember merken, dass es knapp wird, dann ist es wichtig, dass wir schon im Dezember Massnahmen ergreifen. Denn wenn wir warten bis Februar, bis es richtig knapp wird und die Speicherseen schon wirklich leer sind, dann wird es umso härtere Massnahmen brauchen. Deshalb ist unser Wunsch oder unsere Forderung an den Bund, dass man die wenig einschneidenden Massnahmen schon möglichst frühzeitig beschliesst.

Damit habe ich meinen Teil beendet und übergebe nun sehr gerne an die Volkswirtschaftsdirektorin, Carmen Walker Späh.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Es droht eine Energielücke und sie rückt vielleicht näher. Der Bundesrat hat am letzten Mittwoch in groben Zügen dargelegt, was passieren wird, wenn das Gas knapp wird. Sie sehen es auf dieser Grafik des Bundes.

Was passiert bei Unterversorgung?



Vieles ist noch offen. Übermorgen dürfte der Bundesrat Weiteres be-

kannt geben und dann das Paket in die Konsultation schicken. Der Regierungsrat wird dann die vorgesehenen Massnahmen genau analysieren und zu gegebener Zeit Sie auch wieder darüber informieren. Ich bitte Sie um Verständnis, dass Kollege Martin Neukom und ich diesem Prozess nicht vorgreifen können und wollen.

Gefragt sind jetzt in allererster Linie Selbstverantwortung und Selbstvorsorge. Die Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung müssen einen Beitrag zum Energiesparen leisten. Wir müssen jetzt Energie sparen, wo es uns nicht oder am wenigsten weh tut. Bereits wird darüber debattiert, wer zuerst und wer stärker von möglichen Einschränkungen beim Strom und Gas betroffen sein soll, die Unternehmen oder die Haushalte. Es muss uns aber bewusst sein: Wenn die Wirtschaft betroffen ist, dann sind wir es alle. Denn niemand – niemand – kann teilnahmslos in der warmen Wohnung sitzen, wenn Unternehmen stillstehen und Jobs verlorengehen. Die NZZ hat kommentiert «Lieber Einbussen im Komfort hinnehmen, als den Job verlieren», dieser Meinung schliesse ich mich im Grundsatz an.

Energiemangellage und Zürcher Wirtschaft

- **140'000 Personen arbeiten im Sekundären Sektor**
- **1'500 Unternehmen mit jährlichen Stromverbrauch über 500'000 kWh**
- **Gasmanngellage würde Wachstum dämpfen, aber wohl keine Rezession auslösen**
- **Wirtschaftliche Folgen einer Strommangellage wären wohl gravierender als in der Corona-Pandemie**

Als Volkswirtschaftsdirektorin bin ich im ständigen Austausch mit Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Und glauben Sie mir, wir beobachten in der Volkswirtschaftsdirektion das Wirtschaftsgeschehen sehr genau. Dabei zeigt sich einmal mehr, dass auch eine sichere, stabile und bezahlbare Energieversorgung ein Standortfaktor ist, von welchem unser Wohlstand abhängt. Die stark gestiegenen Strompreise stellen für

Unternehmen, die auf viel Strom angewiesen sind, eine grosse Herausforderung dar. Die hohen Preise sind auch Ausdruck davon, dass die Marktteilnehmenden davon ausgehen, dass die Strommenge tatsächlich knapp werden dürfte. Die Unternehmen sorgen sich im Moment aber nicht nur um die hohen Preise, die Unternehmen treibt vor allem die Frage um, ob es überhaupt genügend Strom haben wird.

Rund 140'000 Personen arbeiten im Kanton Zürich im sekundären Sektor, also in der energieintensiven Industrie und im Baugewerbe. Rund 1500 Unternehmen in unserem Kanton haben einen jährlichen Stromverbrauch von mehr als 500'000 Kilowattstunden und wären somit stark von einer Energiemangellage betroffen. Das heisst, eine Gasmangellage wäre also auch für die Zürcher Wirtschaft sehr schmerzhaft. In eine Rezession dürften wir deswegen gemäss SECO (*Staatssekretariat für Wirtschaft*) und gemäss den KOF-Prognosen (*Konjunkturforschungsstelle*) allerdings nicht rutschen.

Das Worst-Case-Szenario für unsere Wirtschaft und für alle Zürcherinnen und Zürcher wäre, wenn das Stromnetz zeitweise abgeschaltet würde. Der dadurch ausgelöste Wirtschaftseinbruch wäre dann wohl deutlich einschneidender als in der Corona-Krise, und das müssen wir unbedingt verhindern. Anders als beim Corona-Virus, das praktisch aus dem Nichts aufgetaucht ist, haben wir jetzt Zeit. Wir haben noch Zeit, um uns jetzt zu wappnen. Und wir können im Krisenmanagement auch, wie es mein Kollege Martin Neukom gesagt hat, von den Erfahrungen mit Covid profitieren.

Selbstvorsorge ist nun wichtig und das gilt für Unternehmen und für Haushalte gleichermassen. Und man kann und soll die Zeit auch nutzen, um Einsparungen beim Energieverbrauch vorzubereiten und dann auch umzusetzen. Das heisst, wir haben Zeit, eine grössere Krise so gut wie möglich zu verhindern. Zusammen mit meinem Kollegen Martin Neukom werden wir auf die Wirtschaft zugehen und wir werden einen runden Tisch installieren, wie es meine Volkswirtschaftsdirektion schon bei Covid organisiert hat, was damals sehr gut aufgenommen wurde.

Sie sehen also, wir bereiten uns auf eine Energiemangellage vor. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit auch im Namen meines Regierungskollegen. Danke.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Vielen herzlichen Dank an Carmen Walker Späh und Martin Neukom für diese Klärung. Die Präsentation bekommen Sie über Ihre Fraktionschefs. Sie wird in der Geschäftsleitung verschickt. Besten Dank.

Bevor wir jetzt zu Traktandum 8 kommen, gratulieren wir noch Cristina Cortellini zu ihrem Geburtstag und wünschen alles Gute und einen sehr schönen Tag. (*Applaus*)

Schluss der Sitzung: 11.50 Uhr

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

Zürich, den 29. August 2022

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 3. Oktober 2022.